



ZORNING
PÖRING
INGELSBURG
WOLFESING



Foto: W. Hintze

Aus dem Inhalt:

Kampf gegen Terrorismus
Gleicher Lohn für alle - auch für Frauen
Unser Gewinnspiel: Bäume

Zorning-
Pöring

SPD

Inhalt:

Impressum	2
Editorial: Dazulernen	3
Der vergessene Weg	4
Aktuelles aus dem Kreistag	5
Nachrichten aus dem Helferkreis	7
Bericht aus Berlin	8
Bahnlärm	9
Gleicher Lohn für alle – nicht in Deutschland	10
Die SPD-Energieexpertin zu Besuch in Zorneding	11
Kampf gegen Terrorismus	13
Gewinnspiel – unser Bilderrätsel	14
Brief aus dem Landtag	16
Kurt Eisner – Begründer des Freistaats Bayern	17
„Gelber-Sack-Plage“	18
Kaum zu Glauben! – Angriff gegen den Helferkreis	18
Der perfekte Dreiklang – unsere Buchbesprechung	19
Französische Kommunalpolitik	20
Umsteuern ist angesagt	21
Jagd auf Agrarland beenden!	23
Energiewende – alles hängt am Strom	24
Frauen- und Mädchennotruf auf der EGA 2017	26
Sommerfest des VdK-Ortsverbandes Zorneding-Pörling	27

Unser Titelbild:

- Wozu in die Ferne schweifen?
- Sommeridylle am Zornedinger Weiher

Impressum:

**Rundschau
Zorneding-Pörling-Ingelsberg-Wolfesing**

Herausgeber: SPD-Ortsverein Zorneding-Pörling

Verantwortlich i.S.d. Presserechts:

Werner Hintze, Ingelsberger Weg 18
85604 Zorneding, Tel. 08 106 - 24 75 09

Redaktion: Werner Hintze, Gudrun Pauthner,
Bianka Poschenrieder, Stephan Raabe

Fotos/Grafiken: Hans Gröbmayr, Bianka Poschenrieder,
Wolfgang Poschenrieder, Werner Hintze,
Gudrun Pauthner

Layout: Werner Hintze

Anzeigen: Bianka Poschenrieder, Werner Hintze

Druck: ALPHA-teamDRUCK GmbH,
Haager Straße 9, 81671 München

Auflage: 4.800

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasser wieder.

Bei langen Webadressen verwenden wir tinyURL.
Damit vermeiden wir Zeilenwechsel innerhalb der Adressen.

**AUTO
BERGER**

☎ 0 81 06/24 77 13

Seit 25 Jahren Ihr kompetenter und vertrauensvoller Partner vor Ort &

HU jeden Montag und Mittwoch

- Achsvermessung
- Autoglasreparatur
- Bremsen
- Finanzierung
- Inspektion
- Klimaservice
- Auspuff
- Batterieservice
- Fahrzeugaufbereitung
- Gebrauchtwagen
- Karosserie- und Lackarbeiten
- Rad und Reifen



☎ 0 81 06/2 13 02 55

Ihr Restaurant, wenn es um thailändische Köstlichkeiten geht!

Beides finden Sie am

Georg-Wimmer-Ring 8a • 85604 Zorneding/Pörling

Im Birkenhof

seit 26 Jahren stets

für Sie zu Diensten ...

Steffi's

ZORNEDINGS GELBE SCHREIBWARENWELT

- ... schon jetzt an den **Schulanfang** denken, Listen für den Schulbedarf zusammenstellen und bei Steffi's abgeben
 - ... **Bücher** meist schneller als per Amazon (bei Bestellung per Telefon bis 18 Uhr bereits am nächsten Morgen um 8 Uhr)
 - ... **Spiele**, Spielzeug, Mitbringsel, Bastelbedarf, Tradingcards, Kinder-Malhefte, kreative Ausmalbücher für Erwachsene, Comic-Hefte, **Geschenkkörbe** für den Kindergeburtstag
 - ... **Konzerttickets** mit direkter Platzauswahl und Reservierung
 - ... **Handyaufladung**, SIM-Karten, paysafecard, Gutscheine
 - ... **MVV**-Streifenkarten, Tagestickets, Wochen-/Monatsmarken
 - ... **Coffee to go**, Bürobedarf, Lotto, Postbank, Postfiliale
 - ... **Helium-gefüllte** bunte Folien-Ballons für viele Anlässe
 - ... wir **drucken, scannen, kopieren, faxen** Ihre Dokumente, haben **Bewerbungsmappen**, machen **Spiralbindungen**
- Telefon: 08106-219883, eMail: info@steffis-schreibwaren.de
Öffnungszeiten: Mo-Fr 8:00-18:00 Uhr, Sa 8:00-12:30 Uhr

Dazulernen

Den Unterlagen für die Gemeinderats-sitzung im Juni 2017 lag auch ein Schreiben des Seniorenbeirats bei mit der Anforderung, den Veranstaltungsort für die nächste Bürgerversammlung zu verlegen. Bisher finden die gesetzlich vorgeschriebenen jährlichen Bürgerversammlungen abwechselnd im Martinstadl in Zorneding und im Mairsamersaal in Pöring statt. Offenbar ist bis jetzt niemandem – mir auch nicht – aufgefallen, dass der Saal in Pöring für Menschen, die in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt sind, nahezu unerreichbar ist, Rollstuhlfahrer haben gar keine Chance.

Das Bayerische Behindertengleichstellungsgesetz wird heuer immerhin 14 Jahre alt, ein entsprechendes Bundesgesetz ist noch länger in Kraft. Das Gesetz schreibt unter anderem vor: „Ein Träger öffentlicher Gewalt ... darf Menschen mit Behinderung nicht benachteiligen.“ Das gilt auch für Kommunen. Danach haben, streng genommen, sechs Bürgerversammlungen unter rechtlich nicht ganz einwandfreien Bedingungen stattgefunden.

Der Vorgang hat mich nachdenklich gestimmt. Es steckte ja keinerlei schlechte Absicht dahinter, die Ortsteile gleichberechtigt zu behandeln. Es war schon immer so und Pöring hat halt bis jetzt keinen anderen Versammlungsraum. Dennoch, „man“ – auch ich – hätte trotz Alltagsrott früher draufkommen müssen. Danke für den Denkanstoß.

„Hätten wir das vorher gewusst, hätten wir mit abgestimmt,“ gaben viele Briten reumütig zu, als sie feststellen mussten, dass sie ihr Brexit-Desaster nicht verhindern haben, weil sie die Abstimmung für eine Art Folklore hielten. Auch daraus lässt sich lernen: Wählen ist wichtig, nachträgliches Bedauern zwecklos. Also überlegen Sie gut, denken Sie über den Alltagsrott hinaus und vor allem, nehmen Sie teil!

Diese Rundschau haben wir bewusst nicht als Wahlkampfzeitung zur Bundestagswahl im September gestaltet, sondern uns hauptsächlich auf ortsnahe Themen konzentriert.

Informieren Sie sich über die ersten Überlegungen, wie das MVV-Tarifsystem einfacher, gerechter und dennoch effektiv gestaltet werden kann.

Auch Ihre Abgeordneten im Europaparlament, im Bundestag und im Landtag berichten über ihre Arbeit. Besonders ans Herz legen möchte ich Ihnen den Beitrag unserer jüngsten Autorin Julia Thalmeier zur nach wie vor ungerechten Bezahlung für Frauen und unseren Hinweis, wie Sie sich selbst für einen besseren Lärmschutz an der Bahnlinie einsetzen können.

Der Helferkreis hat Erstaunliches zu berichten und die Energiewende, die der Landkreis und unsere Gemeinde bis 2030 erreichen wollen, ist und bleibt ein wichtiges Thema. Neben vielen weiteren interessanten Beiträgen finden Sie unsere traditionelle Buchbesprechung und das sehr beliebte Bilderrätsel.

Viel Vergnügen beim Lesen wünscht Ihnen das Rundschau-Team und freut sich über Ihre – gerne auch kritischen – Anmerkungen.

*Ihr
Werner Hinte*

IT

Service & Wartung Ihrer IT-Systeme

Netzwerke, PC's, Laptops, Server, Firewall, Router, mobile Geräte sowie Software usw.

Datenschutzbeauftragter

Telefon

Leistungsstarke Telekommunikationssysteme

für alle Unternehmensgrößen und Privathaushalte



**Birnstiel
EDV & Kommunikation
Systemhaus**

Burgstr. 27 - 85604 Zorneding

☎ +49 (0)89 - 62001200
☎ +49 (0)8106-9997800
info@birnstiel.de
www.birnstiel.de

ALARM Feuer

Elektronische & Mechanische Einbruchsicherung

Alarm und Brandschutzsysteme die Ihnen, die höchste Sicherheit garantiert. Wir sorgen für Qualität, Service und absolut verlässliche Alarmsysteme

Video

Kameras für Laden, Büro und Wohnraum

Daueraufzeichnung & Internetzugriff



Ganzheitliche Therapien, Kuren und Beratung.
AyuSha - Ayurveda und Shaolin



- Ayurveda Medizin
- Shaolin Techniken
- Integrative Hypnose
- Praktische Astrologie
- AyuSha Akademie
- AyuSha Shop

- Pilates
- Hatha Yoga
- med. Qi Gong
- Feel your back
- Shaolin Tai Chi
- Kundalini Yoga
- Klangmeditation

AyuSha Ihr Heil- und Gesundheitszentrum
Georg-Wimmer-Ring 29, 85604 Zorneding
08106-9991800, www.AyuSha-Zentrum.de

Der vergessene Weg

Wie kommt man vom Daxenberg zum Ilchinger Hölzl?

Als mit der Eröffnung der Zornedinger Südumgehung der Durchgangsverkehr weitgehend aus dem Ort verschwand, atmeten die meisten erst einmal auf. Endlich konnte man, auch mit Kindern an der Hand, die Münchner Straße und die Wasserburger Landstraße einigermaßen gefahrlos überqueren und für die Anwohner war der Lärm deutlich erträglicher.

Allerdings mussten die Daxenberger Spaziergänger, Jogger und Gassigeher feststellen, dass ihr gewohnter Weg in das gegenüberliegende Ilchinger Hölzl jetzt beinahe abgeschnitten war. Konnte man bis dahin die B304 *innerorts* an der Einmündung der Herzog-Albrecht-Straße, etwas Geduld vorausgesetzt, mit guter Übersicht überqueren, ist es nun *im Außenbereich* wegen des gekrümmten Straßenverlaufs ziemlich lebensgefährlich, wie früher über die Bundesstraße zu gehen. Der neue Straßenverlauf lädt zu schnellem Fahren ein und durch die Krümmung sieht man die

Autos viel zu spät, die von der Südumgehung kommen. Die neue Straßenbrücke ist so gestaltet, dass sie Fußgänger eher



Ende der Herzog-Albrecht-Straße, und nun?

abweist und konsequenterweise gibt es auch keinen Weg dorthin.

Im Nachhinein ist kaum zu erklären, warum in der reichlich langen Planungsphase niemand auf die Idee gekommen ist, dass nicht nur die Autos einen Weg über die B304 brauchen, sondern auch

Fußgänger und Radfahrer. Zumindest die Mitglieder des Gemeinderats, die damals in der Nähe wohnten, hätten Protest einlegen können. Dergleichen ist aber nicht überliefert.

Nun kann man resignieren oder versuchen, die missliche Situation zu verbessern, so gut es geht. Eine eigene Brücke für Fußgänger und Radfahrer

kommt wohl kaum in Frage, da sie mehrere 100.000 Euro kosten würde und in einiger Entfernung von dem Kreuzungsbauwerk errichtet werden müsste.

Einen ersten Vorschlag haben die Daxenberger selbst „erarbeitet“: Ein Trampelpfad zeigt, dass die dafür eigentlich nicht vorgesehene Straßenbrücke durchaus als Fußweg genutzt wird, auch wenn es unbequem ist. Der Trampelpfad brachte uns von der SPD auf den Gedanken, dieses Thema erneut aufzugreifen (s. Rundschau 67) und zu überlegen, wie man ihn durch einen schlichten Weg ersetzen kann. Mit etwas gutem Willen aller beteiligten Behörden müsste es gehen. Unserer Meinung nach genügt ein wassergebundener Fußweg, der auch schmaler als die Normbreite sein kann, denn Radfahrern ist der Umweg über die nächstgelegene

Brücke durchaus zuzumuten. Wenn der Weg nicht zu breit angelegt wird, hält sich der Aufwand für den Ausgleich der Straßenböschungen in Grenzen und nur wenige Büsche müssen entfernt werden. Der Übergang über die Abzweigung Richtung München erfordert einen Umbau an



Die Doppelleitplanke braucht sehr viel Platz



Einfache Leitplanke

15 Jahre
S-RUTH
GMBH

TV - DVD - HEIMKINO - WASCHEN - TROCKNEN - KÜHLEN
KÜCHENEINBAUGERÄTE - SAT-ANLAGEN - TELEFONE
KUNDENDIENST - SERVICE - INSTALLATION - PHOTOVOLTAIK



Konfiguration erfolgreich durchgeführt

S-Ruth ist für moderne und zukunftsorientierte Dienstleistungen neu konfiguriert.

OK

Markenprofi
Für alle, die mehr wollen.

Rossinistraße 15 · 85598 Baldham · Tel.: 0 81 06 / 99 39 44 · info@s-ruth.de · www.s-ruth.de

der Leitplanke, die bei dieser Gelegenheit bis zur Einmündung der Wasserburger

Landstraße zum Schutz des neuen Weges verlängert werden sollte.



Skizze des Fußwegs

Das letzte Hindernis stellt derzeit die Leitplanke dar, besonders im Bereich der Brücke. Sie ist zweifach ausgeführt, sehr tief und mitten auf der Brückenflanke befestigt. Diese Konstruktion ist offenbar auf optimalen Schutz für Fahrzeuge ausgelegt, die bei höheren Geschwindigkeiten von der Fahrbahn abkommen. Sie benötigt viel Platz und ist nach unserem Dafürhalten überdimensioniert. Wenn diese Doppelleitplanke durch eine einfache Leitplanke ersetzt wird, die zusätzlich möglichst nahe am Fahrbahnrand montiert ist, wäre genügend Raum für einen Weg gewonnen, auf dem Fußgänger aneinander vorbeikommen. Für die Sicherheit auf der Straße könnte bei Bedarf auch eine Geschwindigkeitsbegrenzung ortsauwärts sorgen.

Das Gelände und die Brücke gehören überwiegend dem Bund, zuständig ist deshalb das Straßenbauamt Rosenheim. Mit einer Beteiligung des Bundes an den Kosten ist nicht zu rechnen, wohl aber mit Widerstand gegen Veränderung. Es wird also nicht einfach und bedarf einigen Verhandlungsgeschicks.

Was halten Sie von unserer Idee, aus dem bestehenden Trampelpfad einen richtigen Weg zu machen? Vielleicht ist sie noch nicht optimal. Haben Sie einen besseren Vorschlag? Ihre Meinung interessiert uns sehr. Bitte schreiben Sie uns, zum Beispiel per E-Mail an rundschau@spd-zorneding.de oder benutzen Sie unseren Briefkasten in der Schulstraße am Kreis gegenüber der Bäckerei Hasi. Wenn sich unsere Annahme bewahrheitet, dass der Fußweg wirklich gebraucht wird, wird die SPD-Fraktion einen entsprechenden Antrag ausarbeiten.

Werner Hintze

Aktuelles aus dem Kreistag Neue MVV-Tarifstruktur - einfacher und verständlicher?

Seit Juli 2013 wird an einer neuen Tarifstruktur für den MVV gebastelt. Was kommt da auf uns Zornedinger S-Bahnfahrer zu? Darüber wissen wir noch sehr wenig. Nur eines ist schon sicher: die neuen Tarife kommen im Dezember 2018 und es wird mehr Zonen geben. Ob ich es dann einfacher und verständlicher finde?

Die Verbundgesellschaft hatte im Juli 2013 von den Verbundlandkreisen den Auftrag erhalten, die bestehende Tarifstruktur weiterzuentwickeln. Es stellte sich in der darauffolgenden Zeit heraus, dass nur die Einführung eines neuen und innovativen Tarifsystems im MVV-Gebiet Verbesserungen bringen würde.

Langwierige Vorbereitungen

Im März 2015 trafen sich dann die MVV-Gesellschafter, um die Rahmenbedingungen für die Vereinfachung des jetzigen komplexen Tarifsystems zu definieren. Allerdings gab es von Anfang an eine Beschränkung: es muss finanzierbar bleiben. Der Auftrag für eine Machbarkeitsstudie wurde im November 2015 an das Gutachterbüro „Civity Management Consultants und ITP Consult GmbH“ vergeben. Seit Februar 2016 trafen sich dann die Vertreter

der Landeshauptstadt München, des Freistaates Bayern, der Verbundlandkreise, der Verkehrsunternehmen und des MVV wiederholt zu diversen Arbeitssitzungen, um verschiedene Konzepte für ein neues Tarifmodell zu konkretisieren.

Am 8. Mai wurde nun endlich auch den Kreistagsmitgliedern der aktuelle Sachstand zur geplanten Tarifstruktur vorgestellt. Landrat Robert Niedergesäß, Sprecher der acht MVV-Landkreise, betonte dabei, dass die Tarifstrukturreform nachvollziehbar, ausgewogen und flexibel gestaltet und besonderer Wert auf den Abbau der bestehenden Tarifsprünge gelegt wird. Doch nach der Vorstellung der vier von Experten geprüften Tarifmodelle wurde deutlich: es handelt sich eher um ein „Reförmchen“, da fehlt der Mut etwas wirklich Neues zu wagen. So wie es zur Zeit aussieht bleibt die Frage: wird der zukünftige MVV-Tarif für München und die umliegenden Landkreise überhaupt einfacher und modern, gerechter und verständlich?

Vier unterschiedliche Modelle

700 Millionen Fahrgäste transportiert der MVV im Jahr. Das ist seit dem Jahr



2010 eine Steigerung um ein Drittel. Busse und Bahnen werden dabei immer wichtiger. Und da sich die MVV-Benutzer seit langem ein kundenfreundlicheres Zahlungssystem wünschen, waren die Kreistagsmitglieder natürlich sehr gespannt, für welches Modell sich die Gesellschafterversammlung entschieden hatte.

Auf jeden Fall soll zukünftig die Länge der zurückgelegten Strecke beim Fahrpreis berücksichtigt werden und das ist auf unterschiedliche Weise möglich:

Das erste vorgestellte Modell, genannt „Zeittarif“, soll den Fahrpreis nach der Fahrdauer berechnen, ähnlich wie beim Taxi. Es wurde aufgrund der geltenden

(Fortsetzung von Seite 5)

Datenschutzrichtlinien und einer „gefühlten Ungerechtigkeit“ verworfen. Wer will schon mehr bezahlen, wenn er vom Ostbahnhof zum Stachus mit dem ÖPNV-Bus im Stau steht, während der S-Bahn-Benutzer die gleiche Entfernung in wenigen Minuten zurücklegt?

Das nächste Modell: ein *Pauschaltarif* nach Wiener Vorbild. Das wäre für den Fahrgast einfach gewesen, da nur drei unterschiedliche Preise für Innenraum, Außenraum oder das Gesamtnetz vorgesehen waren. Nach Aussage des Gutachterbüros hätte dies aber „dramatische“ Mindererlöse in einer Höhe von über 80 Millionen Euro pro Jahr bedeutet. Das sind ca. 10 Prozent der Gesamteinnahmen. Der Vorschlag fand deswegen keine Zustimmung.

Heftige Diskussion

Gerade dieses Konzept löste bei den Kreistagsmitgliedern viele Diskussionsbeiträge aus, denn eine Tarifstruktur mit nur drei Tarifsprüngen oder der Entfernungstarif fanden durchaus Befürworter. Andere Vorschläge reichten von der Steigerung der Einnahmen durch ein noch weiter vereinfachtes System bis zu einer bundesweit einzuführenden Nahverkehrsabgabe, bei der alle BürgerInnen einen mit den Rundfunkgebühren vergleichbaren Jahresbeitrag bezahlen und den ÖPNV dann ohne Fahrschein benutzen können. Auch Wünsche wurden vorgetragen von einem Familienticket ab 9:00 Uhr zum Einheitspreis bis zur Monatskarte zum halben Preis, wie zum Beispiel in Paris, wo der Arbeitgeber die andere Hälfte der Monatskarte bezahlt

und dafür keine Parkplätze zur Verfügung stellen muss. Und in weiteren Wortbeiträgen wurde ein kostenfreies Angebot bis zum 21. Lebensjahr gefordert, die Planung des lang ersehnten Ringschlusses und der überfällige Ausbau der Infrastruktur.

Modernisierung, aber wie?

Vorgesehen ist nun aber die Realisierung des Tarifmodells „*Modernisierung*“. Statt 16 Zeitkartenringen und vier Tarifzonen soll es zukünftig „nur noch“ acht „Tarifkreise“ geben. Da angeblich zwei Drittel der Fahrgäste mit Streifen- und Einzelkarten unterwegs sind, bietet dieses Modell Vorteile aufgrund der kleineren Tarifsprünge. Zusätzlich sollen für Jugendliche, Senioren und sozial Schwache neue Angebote geschaffen werden. Die gesteckten Ziele sind dabei ein eigenes U21-Angebot, eine grüne Jugendkarte als Freizeittarif und ein spezieller Kindertarif. Allerdings sind die Verkehrsbetriebe im ÖPNV nach dem Personenbeförderungsgesetz verpflichtet, für Schüler und Auszubildende eine festgelegte Ermäßigung zu gewähren. Diese Ermäßigung beträgt 75 Prozent des Preises für eine „reguläre Fahrkarte“. Gemeint ist damit in der Praxis, dass eine Schülermonatskarte ca. drei Viertel des Preises einer regulären Monatskarte kosten darf. Da dies eine Verpflichtung der Verkehrsbetriebe ist, die der Staat bei der Genehmigung der Tarife prüft, besteht für die Verkehrsbetriebe natürlich auch ein Ausgleichsanspruch. Und da wird es kompliziert. Die geplanten Jugendangebote des MVV sind also ein komplexes Thema. Bundesgesetze müssen geprüft, Ausführungsbestimmungen

auf Landesebene festgelegt werden und der Hinweis auf ein langes Entscheidungsverfahren der Tarifreform-Konstrukteure wunderte die Kreistagsmitglieder nicht.

Das vierte Modell, „*Be-In-Be-Out*“, wird als Pilotprojekt im Frühjahr/Sommer 2017 anlaufen. Bei dieser Variante soll die Entfernung elektronisch über Handy oder eine eigene Chipkarte erfasst werden. Auf diese Weise könnte das Zerschneiden von Siedlungsstrukturen unterbunden werden. Zum Beispiel wäre dann eine Fahrt von Vaterstetten zum Marienplatz nicht gleich zwei Streifen teurer als die Fahrt ab Haar, das ja nur eine Station näher am Zielbahnhof liegt. Die höhere Kostengerechtigkeit geht allerdings zu Lasten einer kaum zu unterbindenden Bewegungsprofileerstellung. Hier stellt der Datenschutz die größte Hürde dar.

Fazit

Das Fazit des vortragenden Gutachters lautete: „Wir sind im Zeitplan und stimmen gerade das Feinkonzept ab. Es wird acht Tarifkreise geben, was die Preissprünge verringert. Die räumliche Struktur und die gesamte Tarifstruktur werden vereinfacht.“

Mein Fazit sieht anders aus: Es wird nicht wirklich einfacher und ob so mehr Menschen vom Auto in öffentliche Verkehrsmittel gelockt werden, bezweifle ich. Für mich haben die Verantwortlichen nicht weit genug in die Zukunft gedacht. Aber lassen wir uns überraschen!

Bianka Poschenrieder

schreinerei
schönwälder
möbel die passen*

* Ihre träume sind ja auch nicht von der stange!

Johannes Schönwälder
Schulstr. 16
85604 Zorneding
☎ 08106 - 39 70 85
☎ 08106 - 37 77 53

www.schreinerei-schoenwaelder.de
info@schreinerei-schoenwaelder.de

Metzgerei Fuß

Qualität und Frische aus eigener Herstellung

Burgstr. 21 • 85604 Pöring

Tel. 08106 / 9999388
Fax 08106 / 9999387

Öffnungszeiten:
Mo. - Mi. 07:00-13:30 Uhr
Do. - Fr. 07:00-18:00 Uhr
Sa. 07:00-12:00 Uhr

www.fuss-metzgerei.de

Nachrichten aus dem Helferkreis

Kampf gegen Mietwucher - Neue Struktur

Bei einem Quadratmeterpreis von knapp 30 Euro kalt für eine Wohnung denkt man sofort an eines der Luxusquartiere in München. Doch weit gefehlt. Es handelt sich hier um den Preis für eine Hälfte eines spartanisch ausgestatteten Zimmerchens in einem Wohncontainer aus Blech. Vermieter ist die Regierung von Oberbayern, Mieter sind Flüchtlinge. Wer von ihnen anerkannt ist oder eine Arbeitsstelle hat, wird seit einiger Zeit, auch rückwirkend, zur Kasse gebeten. Der Container an der Bahnhofstraße dürfte damit die teuerste Wohnlage in Zorneding sein.

Diesen Umstand will der Helferkreis nicht unwidersprochen hinnehmen und hat mit einem Schreiben an Staatsministerin Emilia Müller Einspruch erhoben. Dem Helferkreis geht es dabei ausdrücklich *nicht* um die Tatsache, dass Flüchtlinge für die Unterkunft bezahlen. Dass ihnen ihr Dach über dem Kopf nicht gratis zusteht, sehen die Betroffenen durchaus ein. Es geht vielmehr um die Höhe der Gebühren „von derzeit 278 Euro“, die „nur als Wucher bezeichnet werden“ können, wie der Helferkreis schreibt.

Außerdem sei in einer Informationsveranstaltung im Juni 2014 „die kostenlose Unterkunft als Teil der Willkommenskultur hervorgehoben“ und „der Eindruck der weiteren Kostenfreiheit erweckt“ worden. Die Gebührenbescheide trafen Betreute und Helfer wie aus heiterem Himmel. Für Flüchtlinge, die nicht arbeiten und zum Beispiel zur Schule gehen, übernimmt das Jobcenter die Kosten vollständig. Wer aber ein Einkommen hat, wird anteilig an den Kosten beteiligt, unabhängig davon, ob sein Verfahren abge-

schlossen ist oder ob es noch läuft und er somit kein „Fehlbeleger“ ist.

Mit der Argumentation, dass die Flüchtlinge somit genauso wie deutsche Leistungsempfänger behandelt werden, können sich auch alle abfinden. Ein Problem sind aber die rückwirkend erhobenen Forderungen, in denen der Helferkreis einen „Verstoß gegen Treu und Glauben gem. § 157 BGB“ sieht.

Geradezu zynisch klingt die Anmerkung eines Pressesprechers des Ministeriums: „Es steht den Anerkannten/Berechtigten darüber hinaus jederzeit frei, die Unterkunft, welche der Unterbringung von Asylbewerbern dient, zu verlassen und sich selbst innerhalb Bayerns mit entsprechendem Wohnraum zu versorgen.“ Das Ministerium glaubt wohl, dies wäre für Flüchtlinge besonders einfach.

Außerdem summieren sich die eingeforderten Gebühren teilweise auf über 3.000 Euro. Eine beträchtliche Summe für jemand, der einen Minijob hat oder gerade mal den Mindestlohn verdient. Auch wer die angebotene Ratenzahlung in Anspruch nimmt, stottert seine Schulden beim Staat über viele Monate ab. Und weil die Gebührenbescheide ohne jede Vorwarnung kamen, sieht der Helferkreis darin „eine einseitige Vertragsgestaltung und Schaffung vollendeter Tatsachen, da es keine Möglichkeit gab, darauf mit einer Alternative zu reagieren“. Das Ministerium wird daher gebeten, auf den „rückwirkenden Vollzug“ zu verzichten, die „tatsächlichen Energie- und Wasserkosten“ nachzuweisen und die „Gebührensätze an realitätsnahe Größen für temporäre gemeinschaftliche Notunterkünfte“ anzupassen.

Mit den Gebührenbescheiden, die die zuständige Regierung von Unterfranken derzeit an anerkannte Asylanten, die in Gemeinschaftsunterkünften wohnen, verschickt, steht das neue Koordinationsteam des Helferkreises vor seiner zweiten großen Aufgabe. Die erste war, den Helferkreis neu aufzustellen, nachdem die bisherige Koordinatorin Angelika Burwick im April zurückgetreten war. Sie hatte das Amt seit der Gründung des Helferkreises mehr als zwei Jahre inne. Ihre Idee, den Helferkreis in Arbeitskreise (AKs) zu gliedern, hat sich bewährt und wurde deshalb beibehalten. Neu ist, dass die Koordination jetzt bei einem Dreierteam, bestehend aus Michaela Eberding, Giulia Hillebrand und Christoph Reisbeck, liegt. Christoph Reisbeck ist gleichzeitig der Kassier des Vereins „Helferkreis Asyl Zorneding e.V.“, dessen Vorsitzende Angelika Burwick bleibt. Verantwortlich für die Kommunikation sowohl innerhalb des Helferkreises als auch nach außen ist der AK Presse und Kommunikation unter der Leitung von Ingrid Sendrowski. Dieser AK ist auch erster Ansprechpartner für Behörden und alle, die sich an den Helferkreis wenden wollen:

puk@helferkreis-zorneding.de,
info@helferkreis-zorneding.de

Diese Struktur soll helfen, auch die Aufgaben zu bewältigen, die sich mit dem Bezug des zweiten Containerdorfs in Pöring stellen. Die bisherige eins-zu-eins-Betreuung (jedem Flüchtling steht ein Pate zur Seite) hat sich zwar bewährt, kann aber für die Neuankömmlinge nicht fortgesetzt werden, weil es nicht genügend Paten gibt. Deshalb geht der Helferkreis zu Gruppenbetreuung über. Das heißt, dass möglichst an jedem Tag ein Helfer im Container ist, für die Sprechstunde, zur Hausaufgabenbetreuung, für gemeinsame Treffen oder andere Unternehmungen. Auch neue Sprachkurse wird es geben.

Für all diese Projekte sucht der Helferkreis dringend Unterstützung. Wer sich interessiert, bei der Integration unserer neuen Mitbürger helfen oder sie sonst unterstützen will (zum Beispiel bei Behördengängen oder beim Ausfüllen von Formularen), wendet sich bitte an info@helferkreis-zorneding.de.

Ach, übrigens: eine Antwort auf den Brief an Staatsministerin Müller hat der Helferkreis noch nicht erhalten.

Ingrid Sendrowski



Foto: W. Hintze

Welcher Deutsche würde hier 30 Euro/m² Kaltmiete zahlen?

Bericht aus Berlin

Liebe Zornedinger Bürgerinnen und Bürger!

In weniger als in 100 Tagen, genauer gesagt am 24. September, findet die Wahl des Deutschen Bundestags statt. Die SPD tritt zu dieser Wahl an, um mit Martin Schulz als Bundeskanzler unser Land gerechter zu machen, damit es erfolgreich und modern bleibt. Wir werden mit unserem Programm zeigen: Es macht einen Unterschied, wer im Kanzleramt sitzt!

Mehr Gerechtigkeit: Union muss Farbe bekennen

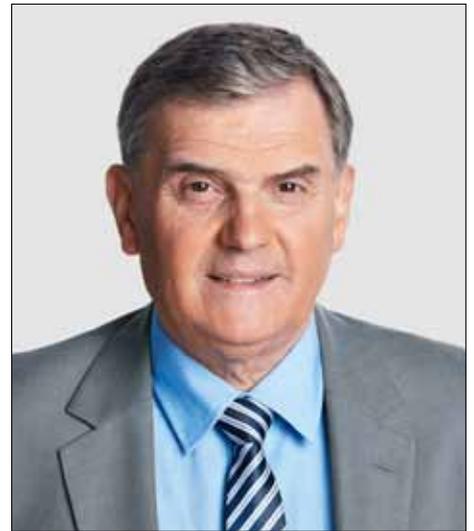
In der Großen Koalition konnten wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bereits wichtige Verbesserungen für Familien, Alleinerziehende und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchsetzen. Dennoch, viele Vorschläge, mit denen wir uns um die konkreten Alltagsprobleme der Menschen kümmern wollen, werden von CDU und CSU blockiert. Sie zeigen damit, dass es ihnen an Respekt vor denen mangelt, die tagtäglich hart im Job und für die Familie arbeiten. Anstatt den Begriff Gerechtigkeit für wahltaktische Polemik zu missbrauchen, sollten unsere Koalitionspartner lieber die verbleibende Legislaturperiode nutzen, um gemeinsam mit uns dringende Vorhaben anzupacken, die das Leben vieler in unserem Land verbessern.

Es ist an der Zeit, dass CDU und CSU endlich Farbe bekennen: Wenn sie wie die SPD dafür sorgen wollen, Frauen aus der

Teilzeitfalle zu befreien, dürfen sie sich nicht länger gegen ein Rückkehrrecht in Vollzeit sperren. Wenn sie wirklich möchten, dass sich Rentnerinnen und Rentner darauf verlassen können, nach einem langen Arbeitsleben über mehr zu verfügen als die Grundsicherung, müssen sie endlich ihren Widerstand gegen eine Solidarrente aufgeben. Wenn CDU und CSU tatsächlich für mehr Maß und Mitte bei den Managergehältern sorgen wollen, dann sollten sie dem Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion zur Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit endlich zustimmen.

Mehr Steuereinnahmen: Zeit für mehr Investitionen

Nach der jüngsten Steuerschätzung können Bund, Länder und Kommunen nochmals mit deutlich höheren Steuereinnahmen rechnen. Im Vergleich zur vorangegangenen November-Schätzung werden die Einnahmen der Länder bis 2021 um knapp 30 Milliarden Euro steigen, die der Städte und Gemeinden um etwa 27 Milliarden Euro. Jahrelang hatten Länder und Kommunen nicht das Geld, um in Kindertagesstätten, Schulen, Straßen oder Sportanlagen zu investieren. Als Mitglied im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags habe ich intensiv dafür gekämpft, dass Länder und Kommunen einen höheren Anteil an den Steuereinnahmen erhalten. Mit den Mehreinnahmen können Länder und Gemeinden nun dafür sorgen, dass Kitas gebührenfrei werden und dass genügend Ganztagsplätze in Kitas und Grundschulen zur



Verfügung stehen. So können auch im Landkreis Ebersberg dringend benötigte Betreuungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Und noch etwas: Damit Deutschland künftig wirtschaftlich stark bleibt, brauchen wir mehr Investitionen – in kostenfreie Bildung und Betreuung, in Innovationen, in gute Verkehrswege und in ein flächendeckend schnelles Internet.

Unsere Gesellschaft wird auf Dauer nur erfolgreich bleiben, wenn der wirtschaftliche Erfolg gerecht verteilt wird. Das ist im Moment nicht der Fall: Während die oberen Einkommen in den letzten Jahren von der guten konjunkturellen Entwicklung und den gestiegenen Löhnen und Gehältern profitierten, hatten knapp 40 Prozent der arbeitenden Bevölkerung so gut wie keine Lohnzuwächse. Deshalb wollen wir kleinere und mittlere Einkommen finanziell entlasten. Sie sollen am


NEUWIRT
 APARTMENTS HOTEL RESTAURANT
www.hotelneuwirt.de

Hotel Neuwirt***Superior
 Münchnerstr. 4,
 85604 Zorneding
 Tel. 08106/24260




Öffnungszeiten:
 Dienstag - Freitag von 9:00 - 18:00 Uhr
 Samstag von 8:00 - 12:00 Uhr

FUETSCH
HAARSTUDIO

Schmiedweg 3 • 85604 Zorneding • Fon: (081 06) 37 75 98

Monatsende mehr Netto vom Brutto übrig haben. Denn es ist Zeit, dass die gute wirtschaftliche Entwicklung auch bei denen ankommt, die jeden Tag hart arbeiten und bei denen es am Monatsende trotzdem knapp wird.

Zu einem gerechten Steuersystem gehört auch ein entschiedener Kampf gegen Steuerkriminalität. Wer versucht, sich vor der Steuer zu drücken, der schadet allen, die ehrlich ihre Steuern zahlen. Für mich sind die Vorgänge um die Spionageaktivitäten der Schweiz daher nicht hinnehmbar. Umso verwunderlicher ist, dass der Bundesfinanzminister bislang zu diesen Vorgängen schweigt. Ich finde: Gerade der Bundesfinanzminister sollte beim Kampf gegen Steuerbetrug und Geldwäsche an der Spitze stehen und nicht auf die Bremse treten!

Lärmschutz an der Bahn

Die Bürgerinnen und Bürger an den durch den Landkreis Ebersberg verlaufenden Bahnstrecken sind jeden Tag einer enormen Lärmbelastung ausgesetzt. Maßnahmen wie Schienenstegdämpfer in Ortschaften und eine Umrüstung auf Flüsterbremsen bei Güterzügen sind zwar Erfolge im Kampf um weniger Bahnlärm, allerdings reichen diese noch nicht aus. So werden an hochfrequentierten Strecken weitere Lärmschutzmaßnahmen, auch über den gesetzlichen Rahmen hinaus, benötigt. Zorneding wird zukünftig durch den sogenannten Zulauf zum Brenner-Basistunnel zu einer dieser hochfrequentierten Strecken gehören. Deswegen ist es unerlässlich, mit allen beteiligten weiterhin für einen verbesserten Lärmschutz zu kämpfen. – Ich stehe dazu an Ihrer Seite!

Herzlichst Ihr



Gerne stehe ich Ihnen für ein Gespräch zur Verfügung. Bitte wenden Sie sich an mein Ebersberger Bürgerbüro, entweder telefonisch unter 0 80 92 - 85 799 52 oder per E-Mail. Ich freue mich auf das Gespräch mit Ihnen.

www.ewald-schurer.de
ewald.schurer.ma04@bundestag.de

Bahnlärm Was wir tun und was Sie noch tun können

Natürlich war und ist auch die SPD-Fraktion im Zornedinger Gemeinderat beim Thema Bahnlärm engagiert. Die zweite Bürgermeisterin Bianka Poschenrieder hat zusammen mit Ewald Schurer bereits mehrere Veranstaltungen mit dem Ziel organisiert, den Druck auf die Verantwortlichen aufrecht zu erhalten. Vor Kurzem hat der Gemeinderat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit dem Thema Bahnlärm befassen soll. Hier arbeitet SPD-Gemeinderat Stephan Raabe mit.

Die Initiative der Europäischen Union (EU), „schädliche Auswirkungen durch Umgebungslärm zu verhindern oder sie zu mindern“, bietet neue Chancen für unsere Gemeinde. Das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) ist in Deutschland damit beauftragt, die Umgebungslärmrichtlinie der EU für den Schienenverkehr umzusetzen. Dazu erstellt es zur Zeit einen so genannten „bundesweiten Lärmaktionsplan“. Ein wesentlicher Teil davon ist „die Bewertung der Lärmsituation auf Grundlage der Lärmkartierung und der Beteiligung der Öffentlichkeit“.

Und hier kommen wir Zornedinger und Pöringer ins Spiel. Die erste Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung beginnt gerade und *dauert bis zum 25.08.2017*. In der Verlautbarung des EBA heißt es: „Die dabei eingehenden Angaben der Bürgerinnen und Bürger, (...), die von Schienenlärm betroffen sind, helfen dem EBA, einen Lärmaktionsplan aufzustellen.“

In Anbetracht der zu erwartenden Mehrbelastungen durch den Brenner-

Basistunnel sollten wir dem Amt wirklich „helfen“ und damit auch unseren Abgeordneten den Rücken stärken, die sich in Berlin für die Belange der Anliegergemeinden an der Bahnlinie einsetzen.

Schauen Sie auf die Internetseite des Eisenbahn-Bundesamts unter

www.laermaktionsplanung-schiene.de

Hier finden Sie in Kürze die Möglichkeit, Ihre Belange und Beschwerden dem EBA mitzuteilen. Genauere Angaben fehlen an dieser Stelle, da der Bereich bei Redaktionsschluss noch nicht freigeschaltet war.

Interessant ist auch der aktuelle Stand der Lärmkartierung. Sie ist unter

<http://tinyurl.com/pvyts9d> (*)

zugänglich. Wenn Sie im Menü auf der linken Seite unter „Suche“ Zorneding eingeben, sehen Sie den passenden Ausschnitt. Bei „Legende“ können Sie zwischen den Angaben für den ganzen Tag oder denen für die Nacht wählen und unter „Statistik“ die zugrunde liegenden Zahlen. Hier sehen Sie, dass die Bahn für Zorneding und Pöring von 6.440 mehr oder minder betroffenen Personen ausgeht.

Selbst wenn Ihr Vertrauen in das Verfahren nicht sehr groß sein sollte, geben Sie sich einen Ruck. Es gibt bei diesem Thema nichts zu verlieren, es kann nur besser werden.

Werner Hintze

(*): <http://laermkartierung1.eisenbahn-bundesamt.de/mb3/app.php/application/eba>



Flughafentransfer
Messeshuttle

BECK
SHUTTLE SERVICE

– sicher und bequem unterwegs –

Beck Shuttle Service
Wasserburger Landstraße 12
D-85604 Zorneding

Tel.: +49 (0) 81 06.99 99-181
Fax: +49 (0) 81 06.99 99-182
Mail: mail@beck-flugtransfer.de
Web: www.beck-flugtransfer.de

Gleicher Lohn für alle – nicht in Deutschland

Frauen verdienen noch immer weniger als Männer, dagegen können wir etwas tun

Olympe de Gouges war eine der ersten Frauen, die im 18. Jahrhundert offensiv die Gleichberechtigung von Mann und Frau forderte. Seit de Gouges Tod haben Frauen in Europa viel erreicht. Körperliche Selbstbestimmung, Zugang zu Bildung und Beruf, die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland am 12. November 1918, das alles sind Beispiele für den Erfolg der Frauenbewegungen der letzten 200 Jahre. 1949 wird die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Grundgesetz festgeschrieben. Doch trotz all seiner Bemühungen hat der Feminismus sein Ziel der Gleichbehandlung für Mann und Frau noch nicht erreicht.

So müssen FeministInnen auch in Deutschland weiterhin für Gleichberechtigung und Chancengleichheit kämpfen. Ein Blick auf die Lohnverteilung in Deutschland zeigt, dass in diesem Bereich noch viel Handlungsbedarf besteht. Männer und Frauen haben nicht die gleichen beruflichen Chancen. Selbst im direkten Vergleich verdienen Frauen bei vergleichbarer Qualifikation ungefähr 5,5 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Das im Mai in Kraft getretene Gesetz zur Transparenz von Entgeltregelungen, initiiert von der ehemaligen Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig (SPD), wird dazu beitragen, diese Lücke zu schließen und ein Mindestmaß an Gerechtigkeit zu erreichen.

Deutschland nicht einmal Durchschnitt

Über alle Berufe und Branchen hinweg verdienen Frauen im Durchschnitt 21 Prozent weniger als Männer. Deutschland liegt damit sogar unter dem EU-Durchschnitt

schnitt von 17 Prozent geschlechtsspezifischem Lohngefälle. Diese Lohnlücke ist ein langfristiges Problem, das nur durch gesellschaftlichen Wandel gelöst werden kann.

Wie kann ein Land wie Deutschland, das sich so auf eine effiziente und erfolgreiche Wirtschaft fokussiert, es sich leisten, auf die Talente und Wertschöpfung von Frauen in großen Teilen der Wirtschaft zu verzichten?

Die Teilzeit-Falle

Knapp 45 Prozent aller berufstätigen Frauen in Deutschland arbeiten in Teilzeit. Viele dieser Frauen möchten gerne mehr arbeiten, können es aber nicht aufgrund mangelnder Kinderbetreuungsmöglichkeiten und einer generell schwierigen Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In den vergangenen 10 Jahren wurden 400.000 neue Kitaplätze geschaffen, trotzdem ist der Bedarf noch nicht gedeckt. Vor allem Geringverdiener können sich die Kita-Gebühren häufig nicht leisten. Oft kommt es Familien mit geringem Einkommen günstiger, wenn ein Partner zuhause bleibt oder nur wenige Stunden arbeitet. Meist handelt es sich hier um Frauen, die ihre persönliche berufliche Entwicklung unterordnen müssen. Jede Familie muss ihren eigenen Weg wählen dürfen, aber vielen Familien in Deutschland wird diese ganz persönliche Entscheidung durch äußere Umstände abgenommen.

Mangel an Aufstiegschancen

Als ein weiterer Grund für die vorhandene Lohnlücke wird ein Mangel an Frauen in Führungspositionen genannt. Das typische Vorstandsmitglied eines Börsen-

unternehmens ist weiß, über 50 Jahre alt, westdeutsch und männlich. Da es keine gesetzliche Frauenquote für Vorstände gibt, werden die Führungspositionen von den Firmen weiterhin wie üblich besetzt. Im letzten Jahr waren 90 Prozent der Neueinstellungen in diesem Bereich männlich. Das Problem ist wieder einmal die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sehr interessant ist hier auch eine Studie der LAB & Company GmbH, die ergab, dass Frauen neben der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, vor allem Vorurteile als Aufstiegs*hindernis* sehen. Die Ironie will es, dass die Mehrheit der Männer dagegen Frauen einen geringeren Aufstiegs*willen* bescheinigen. Wollen wir eine gerechte Frauenquote in Führungspositionen erreichen, müssen wir nicht nur Vorurteile abbauen, sondern auch Unternehmen in die Pflicht nehmen, Frauen zu fördern und betriebliche Frauenquoten einzuführen. Zusätzlich ist es wichtig, Mädchen und Frauen zu ermutigen, ihre beruflichen Ziele proaktiv zu verfolgen und sich nicht von Stereotypen bremsen zu lassen.

Berufswahl wie gehabt

Die genannten Punkte können durch eine konsequente Familien- und Frauenpolitik in den kommenden Jahren gelöst werden, aber ein Blick auf die Berufswahl von Frauen und Männern zeigt, dass Stereotypen tief in unserer Gesellschaft verwurzelt sind. Allein 15 Prozent der Lohnlücke sind auf die Branchenwahl zurückzuführen. Von Frauen dominierte Berufe bezahlen durchschnittlich 8 Euro weniger pro Stunde, bei gleicher Ausbildungszeit. Ein Vergleich mit 1976 zeigt, dass weiterhin eine starke Trennung in der Berufswahl vorliegt und die Zahlen sich in den letzten 40 Jahren kaum geändert haben. So gibt es kaum weibliche Maurer, Techniker oder Geschäftsführer und kaum männliche Sprechstundenhilfen oder Erzieher. Dies ist vor allem auf eine historische Entwicklung zurückzuführen. Frauen galten als weniger intelligent und weniger belastbar als Männer und ihnen blieb der Eintritt in viele Berufsgruppen verwehrt. Studien belegen, dass sich haushaltsnahe und historisch eher weibliche Tätigkeiten schlecht auf die Bezahlung auswirken, während Tätigkeiten, die als „männlich“ angesehen werden, besser bezahlt werden.

Einen gesellschaftlichen Wandel kann man nicht von heute auf morgen erzwin-



Herbert Lippert

Glaserei GmbH

Isolierglasscheiben · Spiegel nach Maß

Alle Reparaturen

85604 Pöring/Zorneding · Freyberg Str. 9 · Tel. 08106/23358

85540 Haar b. München · Brandstr. 6
Tel. 089/46 62 90 · Fax 089/4 60 31 08

gen, aber Politik und Gesellschaft sind in der Pflicht, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um das Lohngefälle in naher Zukunft auszugleichen.

Mangelhafte Infrastruktur

Die Anzahl an Kinderbetreuungsplätzen muss konsequent ausgebaut werden und Kita-Gebühren gehören abgeschafft. Wir brauchen kostenfreie Bildung von der Kita bis zum Studien- oder beruflichen Abschluss, um vor allem Familien mit geringem Einkommen zu unterstützen. Denn eine kostenfreie Kinderbetreuung bedeutet für diese Familien, durch ein doppeltes Einkommen ihre soziale Situation deutlich zu verbessern.

Die gesetzliche Frauenquote muss auf Vorstände ausgeweitet werden. Frauen muss der Aufstieg in Führungspositionen erleichtert werden.

Fazit

Wir als Gesellschaft müssen aufhören, in Schubladen zu denken und unsere Kinder nach Stereotypen zu erziehen. Es ist erstrebenswert, die Grenzen zwischen „Männer-“ und „Frauenberufen“ aufzuweichen und Frauen zu stärken, Berufe in männerdominierten Branchen zu wählen. Nur dadurch werden wir die Lohnlücke schließen können und der Gleichstellung von Mann und Frau näherkommen.

Julia Thalmeier

Quellen und Links:

- www.zeit.de/karriere/
- www.zeit.de/gesellschaft/
- www.zeit.de/wirtschaft/2017-01
- www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/
- <https://labcompany.net/de/news>
- www.sueddeutsche.de/news/
- <http://doku.iab.de/kurzber/>

Die SPD-Energieexpertin zu Besuch in Zorneding

Eine Bundestagsabgeordnete aus Schleswig-Holstein zu einer Besichtigung eines Windrads nach Bayern einzuladen, ist doch so ähnlich wie Eulen nach Athen tragen, möchte man meinen. Dr. Nina Scheer, die Kollegin des Ebersberger SPD-Abgeordneten Ewald Schurer nahm dessen Einladung aber gerne an und besuchte im Mai die erste und bisher einzige große Windenergieanlage im Landkreis Ebersberg in Bruck.



Das erste Windrad im Landkreis

Foto: W. Poschenrieder

Für sie war es sehr überraschend, von Hans Zäuner und Werner Stinauer von der Osterkling GmbH, den Betreibern der Anlage, zu erfahren, dass sie die Idee zum Bau des Windrades bei einem Bier hatten, sich das Genehmigungsverfahren dann aber über fünf lange Jahre hinzog. Nina Scheer, die Berichterstatterin für Erneuerbare Energien der SPD-Bundes-

tagsfraktion, war sehr erstaunt über die Hartnäckigkeit, mit der das Projekt zur Umsetzung gebracht wurde. Und Zornedings 2. Bürgermeisterin Bianka Poschenrieder bestärkte ihren Eindruck: „Da haben wir zwei echte Gallier in unserem Landkreis.“ Sie haben nicht aufgegeben und es hat sich gelohnt, das Windrad liefert seit Inbetriebnahme den Strom ins virtuelle Kraftwerk des Landkreises mit einem Ertrag, der sich sehen lassen kann. So produzierte die Windenergieanlage in den etwa 3.000 Stunden seit Inbetriebnahme im Dezember 2016 1,4 Millionen Kilowattstunden Strom.

Lebhafte Diskussion

Zusätzlich zum Vor-Ort-Besuch organisierte das Büro von MdB Ewald Schurer eine Diskussionsveranstaltung beim „Neuwirt“ in Zorneding unter dem Titel „Zukunftsfähige und gerechte Energieversorgung“, die von einem großen und sehr sachkundigen Publikum besucht wurde. Dr. Nina Scheer wies dabei sehr deutlich darauf hin, wie wichtig die Energiewende ist. „Es geht hier nicht nur um den Klimaschutz, sondern auch darum, dass die Energieressourcen immer knapper werden und diese Verknappung wird uns in die Realität zurückbringen“, so die Bundestagsabgeordnete. „Kriege um Öl müssen zukünftig verhindert werden.“

Sie wies auch darauf hin, dass die Energiewende nicht erst nach Fukushima eingeleitet wurde, sondern schon im Jahr 2000 mit der Einführung des Erneuerbare-Energie-Gesetzes (EEG). Ihr Vater, Dr. Hermann Scheer, ein weltweit aktiver Vordenker der Energiewende, hat zusammen mit Hans-Josef Fell dieses Gesetz der damaligen rot-grünen Bundesregierung wesentlich gestaltet. „Das EEG hatte Mut

(weiter auf Seite 12)

Der Politische Stammtisch der SPD

Interessierte Bürgerinnen und Bürger diskutieren regelmäßig am Vorabend der Gemeinderatssitzung mit den SPD-Gemeinderäten über aktuelle politische Fragen.

Unser Stammtisch findet jeweils mittwochs um 19.30 Uhr statt, in der Pizzeria Da Sabatino, Bahnhofstraße 46 (direkt an der Unterführung nach Pöring).

Achten Sie auf unsere Ankündigung in der Presse oder schauen Sie auf „Termine“ unter

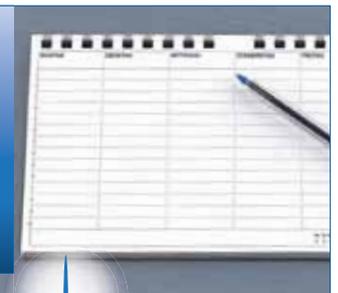
www.spd-zorneding.de.

Wenn Sie per E-Mail eingeladen werden möchten, schreiben Sie kurz an info@spd-zorneding.de.

Manche Dinge kann man nicht planen. Aber vorsorgen – mit der Bestattungsvorsorge.

Rund um die Uhr für Sie da:

Grafring	08092 - 23 27 70
Poing	08121 - 257 50 30
Vaterstetten	08106 - 303 50 10
Zorneding	08106 - 379 72 70



Bestattungen
Imhoff

www.bestattungen-imhoff.de

(Fortsetzung von Seite 11)

gemacht und war dank der staatlichen Rahmenbedingungen zu Beginn eine echte Erfolgsgeschichte.“

Nina Scheer, die auch in vielen ehrenamtlichen Organisationen, wie beispielsweise der europäischen Vereinigung für

ren und sich erst danach um den weiteren Ausbau der Erneuerbaren zu kümmern, reagiert Nina Scheer mit einem deutlichen Plädoyer für die Dezentralisierung der Energieversorgung. Letztlich sieht sie auch in dem neuesten Vorstoß „Efficiency First“, also zunächst nur das Einsparpotential für Energie zu erhöhen, eine Bremse für die Weiterentwicklung der erneuerbaren Energietechniken.

personen und Energiegenossenschaften im Energiesektor weiterhin faire Beteiligungsmöglichkeiten haben. Nur dadurch ist gewährleistet, dass die eigentlichen Akteure, nämlich die Bürger dieses Landes, die Energiewende weiter vorantreiben können.

Bei den beiden Bundestagsabgeordneten Dr. Nina Scheer und Ewald Schurer stießen diese Forderungen auf offene Ohren. Die lebhafteste Diskussion im Anschluss warf noch viele interessante Fragen auf. Nina Scheer gab dabei zu bedenken, dass die SPD als kleinerer Partner einer Koali-



Ewald Schurer und Nina Scheer...

Erneuerbare Energien EUROSOLAR e.V. aktiv ist, bedauert es sehr, dass sich die Interessenkonflikte zwischen den konventionellen und erneuerbaren Energieerzeugern verschärft haben. „Es geht heute ganz klar um den Kampf um Marktanteile“ und sie meinte: „es wird leider immer wieder behauptet, dass die Erneuerbaren zu teuer wären.“ Diese Kosten-Debatte habe zu einer Verunsicherung in der Gesellschaft geführt. Ihrer Meinung nach greift der Emissionshandel nicht, da der Preis für die CO₂-Zertifikate zu niedrig ist und er damit die volkswirtschaftlichen Kosten der konventionellen Energieerzeugung nicht ansatzweise widerspiegelt.

Ihr politisches Ziel ist eine Schadstoff-Bepreisung, womit endlich ein Element zur Förderung der Umweltgerechtigkeit geschaffen wäre. Und auf die Vorgehensweise der Bundesregierung, zuerst den Ausbau der Versorgungsnetze zu forcieren

Sepp Mittermeier, Mitglied im Arbeitskreis Energie und Ressourcen der lokalen Agenda 21 im Landkreis Ebersberg und energiepolitischer Sprecher des SPD-Kreisvorstands, erklärte den Zuhörern, dass er seit 2013 als Aufsichtsrat der Energiegenossenschaft 3E kaum noch Projekte realisieren konnte. Er ließ es sich deswegen nicht nehmen, konkret formulierte Forderungen an die beiden Bundestagsabgeordneten zu übergeben. Im Wesentlichen geht es den Aktiven vor Ort um eine deutliche Beschleunigung der Energiewende und darum, dass Privat-

tion nicht alle ihre Wünsche umsetzen kann und schloss mit der Aussage: „Die SPD muss wehrhafter werden.“

Sepp Mittermeier,
Bianka Poschenrieder



... beim Ortstermin mit den Betreibern der Anlage



Machen Sie keine Experimente.

Kommen Sie gleich zum Immobilien-Experten.



IMMOBILIEN JÜRGEN WEIDLICH GMBH

Marktplatz 8 · 85614 Kirchseeon · Tel. (08091) 3010

info@immobilien-weidlich.de · www.immobilien-weidlich.de

Kampf gegen Terrorismus

Innenminister fordern immer mehr Macht, ohne ihre eigenen Hausaufgaben zu machen

Zweimal im Jahr treffen sich die Innenminister des Bundes und der Länder zu einer Innenministerkonferenz. Diese ist zwar kein in unserer Verfassung vorgesehene Organ, ist aber seit 1954 etabliert und soll die „länderübergreifende fachliche Zusammenarbeit auch auf der politischen Ebene verankern“.

Kürzlich trafen sich die Innenminister in Dresden und diskutierten im Schwerpunkt über Gefahren durch Terror und Möglichkeiten, diesen besser abwehren und aufklären zu können.

Zum Ritual der Innenministerkonferenz gehört es, dass viele Länder-Innenminister im Vorfeld der Konferenz, neue und alte Vorschläge unterbreiten, um eine möglichst große Öffentlichkeit von ihren Forderungen und ihrem Einsatz zu unserer Sicherheit zu überzeugen. Es gibt geradezu einen Überbietungswettbewerb an Vorschlägen, die uns mehr Sicherheit bringen sollen.

Dabei fällt auf, dass viele Forderungen der Innenminister und auch Gesetze, die in den letzten Jahren beschlossen wurden, darauf abzielen, den Sicherheitsbehörden mehr Informationen und Daten bereitzustellen. So gibt es bereits die anlasslose Vorratsdatenspeicherung der Telefon- und Internetverbindungen. Jetzt fordert Bundesinnenminister Thomas de Maizière auch eine Videoüberwachung mit biometrischer Gesichtserkennung, die automatisch Menschen erkennt und deren Bewegungen speichern und weiterleiten kann. Und unser Bayerischer Innenminister Joachim Herrmann (CSU) erhebt die Forderung nach bundesweiter Einführung der Schleierfahndung, die wiederum jeden Bürger ohne Anlass erfassen können soll.

Es hat den Anschein, dass die Innenminister möglichst anlasslos, möglichst viele Daten von möglichst vielen Bürgern sammeln möchten. Die Grundidee dahinter ist simpel: Je mehr man über die Menschen und ihre Aktivitäten in diesem Land weiß, desto besser können Terroristen und Gefährder gefunden und dingfest gemacht werden.

Stimmt die Logik?

Die Frage ist aber nun, ob diese Logik wirklich stimmt. Brauchen die Sicherheitsbehörden möglichst viele Daten von allen Bürgern, um dadurch die Gefährder und Terroristen zu identifizieren und so

Terroranschläge zu verhindern?

Der Kolumnist, Blogger und Internetexperte Sascha Lobo hat dazu im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ in seiner Kolumne mit dem Titel „Unsere Sicherheit ist eine Inszenierung“ die Daten der seit 2014 verübten islamistischen Mordanschläge in der EU untersucht. Er hat sich dabei ausschließlich auf die öffentlich zugänglichen und nachvollziehbaren Quellen gestützt. Seine Erkenntnisse kann man wie folgt zusammenfassen:

Seit 2014 verübten insgesamt 24 identifizierte Täter 13 islamistische Mordanschläge in der EU. Alle 24 Täter waren vorher den Behörden bekannt und alle 24 Täter konnten als gewaltaffin betrachtet werden, weil sie entweder in islamistische Kriegsgebiete fuhren oder behördlich bekannte Gewalttätigkeiten verübt hatten.

Aus dieser Analyse geht hervor, dass das Problem nicht die Identifizierung von Gefährdern oder Terroristen ist - denn, 100 Prozent der Attentäter waren den Behörden bekannt! Es gibt also eigentlich keinen Grund für neue Gesetze mit noch mehr Massenüberwachung und der Erfassung von noch mehr Daten von allen Bürgern.

Aber warum ist gerade diese Forderung nach mehr Überwachung Konsens zwischen den meisten Innenministern? Aus meiner Sicht gibt es drauf zwei Antworten.

Erstens: Geheimdienste und Sicherheitsbehörden haben aufgrund ihrer Aufgabe, auch bei der Unterstellung von ausschließlich positiven Absichten, immer das Bedürfnis nach maximalen Informationen. Und wenn es aufgrund von Terroranschlägen eine hohe Bereitschaft in der Bevölkerung und der Politik gibt, die Rechte und Möglichkeiten der Sicherheitsbehörden auszubauen, dann ist dies

eine willkommene Gelegenheit, die gerne von den Innenministern genutzt wird.

Zweitens: Wenn die Täter und Gefährder den Sicherheitsbehörden bekannt waren und diese auch auf Basis der aktuellen Gesetze alle notwendigen Handlungsmöglichkeiten gehabt haben, um die Täter festzunehmen oder zumindest am Verüben der Anschläge zu hindern, dann liegt die eigentliche Schwachstelle in den Innenministerien und Sicherheitsbehörden selber. Damit also in der Verantwortung der Innenminister.

Darum ist eine Forderung der Innenminister nach strengeren Gesetzen erheblich einfacher, als sich mit den Schwächen unserer föderalen Sicherheitsstrukturen, den Informationsbarrieren und Eitelkeiten der Länder und nicht zuletzt mit der eigenen Verantwortung der Innenministerkonferenz auseinanderzusetzen.

Instrumentarium des Grauens

Die „Süddeutsche Zeitung“ hat die Forderungen der Innenminister als „Instrumentarium des Grauens“ bezeichnet. Wir brauchen eine neue Balance zwischen Sicherheit und Freiheit und nicht ein Überbieten bei der Verschärfung von Gesetzen.

Unsere Sicherheitsbehörden müssen der freien, offen und demokratischen Gesellschaft dienen! Sie müssen effizient geführt und aufgestellt werden und bedürfen strenger Kontrollen. Es ist die Aufgabe unserer gewählten Volksvertreter und von uns Bürgern darauf zu achten, dass unsere Gesellschaft offen und frei bleibt!

Keine Freiheit ohne Sicherheit – keine Sicherheit ohne Freiheit!

Thomas Vogt

FERNSEH E. ZELLERMAYR



85604 ZORNEDING Bahnhofstr. 6
Tel. 08106/20078 Fax. 08106/20321

Fernseh - LCD - Plasma - DVD - Hifi - Photo
Eigene Meisterwerkstatt - Leihgeräteservice
Elektrohaushaltsgeräte - Elektrokleingeräte
Fahrräder / Ersatzteile / Service

Montage von Satelliten-/ Antennen- und Kabelfernsehanlagen
Planung, Ausführung und Kundendienst

Gewinnspiel Bäume

Kennen Sie diese Bäume? Alle wachsen sie in Zorneding, Pöring, Ingelsberg oder Wolfesing und alle, bis auf einen vielleicht, schauen sie weit über die Dächer der anliegenden Häuser und Gebäude hinaus. Sie sind am Ortsrand zu finden, aber auch mittendrin. Ein kleiner Tipp: fünf wachsen in Zorneding, drei in Pöring und drei in Ingelsberg oder Wol-

fesing. Welches Blatt gehört zu welchem Baum? Ordnen Sie dieses Mal jedem Baum (Baum 1 - Baum 11) ein Blatt (Blatt A – Blatt K) zu. Wie heißt dieser Baum, ist es eine Buche, eine Tanne oder vielleicht doch ein Ahorn? Und wo wächst dieser Baum, in welcher Straße, auf welchem Platz oder in der Nähe welchen Gebäudes oder anderen markanten Punktes?

Liebe Rätselfreunde, lösen Sie alleine oder im Team das Rätsel bis Mitte August. Schreiben sie auf, welches Blatt zu

welchem Baum gehört, um was für einen Baum es sich handelt und wo er wächst. Lösungsbeispiel: Baum X, Blatt Y, Buche, Am Kapellenberg. Schwer? Das haben wir beim letzten Mal auch gedacht und doch gab es viele richtige Einsendungen. Wenn sie nicht mehr weiter kommen, wir freuen uns auch auf unvollständige Lösungen und vielleicht geht es den Anderen ja auch nicht besser. Senden Sie uns Ihre Lösung mit Name und Telefonnummer bis zum 15. August 2017 – entweder per E-Mail an



Baum 1



Baum 2



Baum 3



Baum 4



Baum 5



Baum 6



Baum 7



Baum 8



Baum 9



Baum 10



Baum 11



Blatt A



Blatt B



Blatt C



Blatt D



Blatt E

gpauthner@spd-zorneding.de oder benutzen Sie sie den SPD-Briefkasten unter dem Schaukasten in der Schulstraße direkt beim Kreisel gegenüber der Bäckerei Hasi.

Zu gewinnen gibt es einen Gutschein vom Zornedinger Bauernmarkt. Es gewinnt die-/derjenige oder das Team mit den meisten richtigen Antworten. Gibt es mehrere Lösungen mit derselben Anzahl an richtigen Antworten, entscheidet das Los. Für Kinder, die ihr Alter angegeben

haben, wartet auf jeden Fall eine kleine Überraschung.

Die Lösungen finden Sie ab Mitte August im Internet unter www.spd-zorneding.de oder in unserem Schaukasten.

Das RUNDSCHAU-Team wünscht viel Spaß beim Suchen und Finden!

Gudrun Pauthner

Meine Lösung:

Baum 1 Blatt ____

Baum 2 Blatt ____

Baum 3 Blatt ____

Baum 4 Blatt ____

Baum 5 Blatt ____

Baum 6 Blatt ____

Baum 7 Blatt ____

Baum 8 Blatt ____

Baum 9 Blatt ____

Baum 10 Blatt ____

Baum 11 Blatt ____

Name _____

Straße _____

Telefon _____



Blatt F



Blatt G



Blatt H



Blatt I



Blatt J



Blatt K

Brief aus dem Landtag

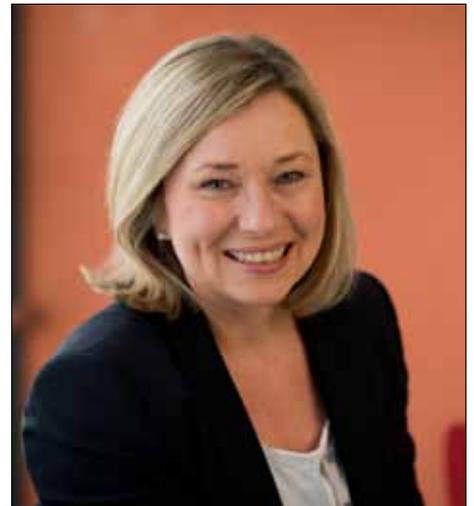
Liebe Zornedingerinnen und Zornedinger!

Als Ihre Ebersberger Abgeordnete im Bayerischen Landtag sowie als stellvertretende Vorsitzende des Sozialausschusses freue ich mich, Sie auch in dieser Ausgabe über meine Arbeit im Maximilianeum zu informieren. Im Mai 2017 hat die Staatsregierung ihren vierten Bericht zur sozialen Lage in Bayern veröffentlicht. Auf rund 550 Seiten werden die gute wirtschaftliche Lage und die positive Entwicklung in vielen Bereichen des Alltags beschrieben – und tatsächlich geht es den Menschen in Bayern *im Durchschnitt* sehr gut.

Allerdings gibt es im reichen Bayern nach wie vor viele Menschen, denen es

nicht gut geht. Diese sozialen Schief lagen werden in dem Bericht nicht oder nur am Rande erwähnt: Fast 1,4 Millionen Menschen – darunter 400.000 Kinder und Jugendliche – sind in Bayern von Armut betroffen. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander! Neben allen positiven Aspekte wird somit aber auch deutlich: Die Staatsregierung hat es in den vergangenen Jahren schlichtweg versäumt, Sozialpolitik so zu gestalten, dass die positive wirtschaftliche Entwicklung bei *allen* Menschen ankommt – nicht nur bei denen, die ohnehin auf soliden Beinen stehen. Ganz im Gegenteil: die Staatsregierung hat es zu verantworten, dass das Armutsrisiko in Bayerb sogar weiter gestiegen ist.

Nach wie vor ist es leider so, dass erneut Bevölkerungsgruppen in besonderer Weise von Armut betroffen sind, die



bereits in den Vorjahren armutsgefährdet waren: viele Kinder und Jugendliche, Alleinerziehende mit ihren Kindern, von denen über ein Drittel mit Armut kämpfen; oder auch kinderreiche Familien, die in besonderer Weise zur Gesellschaft beitragen und trotz Erwerbstätigkeit mehr als doppelt so oft von Armut bedroht sind wie Familien mit nur einem oder zwei Kindern. Mit ein Grund für die steigende Armutsgefährdung ist die nach wie vor sehr schwierige Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Zwei Drittel der Eltern geben an, „nur mit sehr viel Energie und Kreativität“ beide Lebensbereiche miteinander vereinen zu können.

Das ist ein echtes Armutszeugnis für die CSU-Staatsregierung und führt zwangsläufig dazu, dass die Erwerbssituation von Eltern nicht zufriedenstellend ist! Das hat auch gravierende Auswirkungen auf die Zukunft der Mütter und Väter im Alter: Allein zwischen 2011 und 2014 sind fast 40.000 mehr Menschen über 65 Jahren mit in die Kategorie Armut gerutscht – Tendenz weiter steigend! Un erwähnt bleibt im Sozialbericht zum Beispiel auch, dass Bildungsgerechtigkeit in Bayern nach wie vor vom Geldbeutel der Eltern abhängt, dass über 33.000 Krippenplätze fehlen, genauso wie bedarfsgerechte Ganztagsangebote auch für Grundschüler. Guter Lohn für gute Arbeit – auch das wird immer mehr zum Fremdwort für viele, denn die Tarifbindungen nehmen ab und noch immer stagniert die Lohnlücke zwischen Mann und Frau bei rund 25 Prozent. Auch von einer inklusiven Arbeitswelt kann keine Rede sein: Die Arbeitslosigkeit von Menschen mit einer Behinderung ist mit 9,1 fast dreimal so hoch wie bei Menschen ohne Behinderung – doch das wird offensichtlich hingenommen, anstatt endlich effektive Maßnahmen einzuleiten.

VORTRAG: Energie-Abend nächster Termin: 26. Juli 2017

Welche Energiequelle paßt zu meinem Bestandhaus?

- ▶ Sonne-Öl- Gas-Holz-Pellets oder Wärmepumpe?
- ▶ Kann der gute Kessel bleiben?
- ▶ Muss ich mein Haus einpacken?
- ▶ Holen Sie sich Ihre Entscheidungsgrundlage!



VORTRAG: Energie-Spar-Abend nächster Termin: 13. September 2017

Heizungskummer, ich mache mich jetzt unabhängig!

- ▶ Energieverbrauch halbieren
- ▶ Energiequelle flexibel wählen
- ▶ Trinkwasser hygienisch erwärmen
- ▶ Klima schützen

VORTRAG: Kraft-Wärme-Kopplung nächster Termin: 19. Juli 2017

Jedes Einfamilienhaus kann jetzt beim Heizen Strom erzeugen...

Ob mit Motor, Stirling oder Brennstoffzelle: Strom, Wärme und Warmwasser am Ort des Verbrauchs selbst machen!



Die Vorträge beginnen um 19.00 Uhr

in unseren Geschäftsräumen in der Wildermuthstr. 6 in Ebersberg
Anmeldung unter: Tel 0 80 92/2 49-0



www.wohermaier.de
Bad | Heizung | Solar | BHKW | Service

Ein besonders großes Problem ist auch der Mangel an bezahlbarem Wohnraum: aktuell fehlen 50.000 Sozialwohnungen. Auf Lippenbekenntnisse der Staatsregierung folgte prompt die Halbierung der Landesmittel für Wohnraumförderung. All das sind Aspekte, die die Staatsregierung lieber unter den Teppich kehrt anstatt aktiv zu werden – dabei gäbe es, zum Beispiel von mir und meiner Fraktion, genügend Vorschläge für Verbesserungen der sozialen Lage. Gute Sozialpolitik heißt für mich, genau hinzuschauen!

Es sollen alle Menschen in unserem Land „ein Stück vom Kuchen“ abbekommen, Insbesondere die, die Unterstützung am Nötigsten haben. Hier muss

die Staatsregierung dringend nachbessern, damit nicht noch mehr Menschen in Armut abrutschen. Dies wäre auch ein wichtiger Beitrag für die Sicherung des sozialen Friedens. Damit eben nicht das Gefühl entsteht, von der guten Entwicklung eines Landes abgehängt zu sein. Und nur dann könnten vielleicht auch mehr Menschen als die heutigen 37 Prozent der Aussage zustimmen, dass Bayern ein sozial gerechtes Bundesland ist.

Dafür setze ich mich auch weiterhin mit ganzer Kraft ein!

Herzliche Grüße



Wenn Sie sich mit Ihrem Anliegen direkt an mich wenden möchten, schreiben Sie mir eine E-Mail, rufen Sie an unter 08092-230 99 67 oder vereinbaren Sie einen Gesprächstermin in meinem Bürgerbüro Bahnhofstraße 12, 85560 Ebersberg, Bürozeiten Montag - Donnerstag 9 - 12 Uhr.

Mehr zu mir gibt es unter

www.doris-rauscher.de
info@spd-buergerbuero.de

Kurt Eisner – Begründer des Freistaats Bayern

In Artikel 1 der bayerischen Verfassung von 1946 heißt es kurz und knapp: „Bayern ist ein Freistaat.“ Im kommenden Jahr wird der Freistaat Bayern bereits 100 Jahre alt. Damit scheidet die CSU für die Urheberschaft aus, denn die wurde erst 1945 gegründet. Tatsächlich geht der Freistaat Bayern zurück auf Kurt Eisner, der vom November 1918 bis zu seiner Ermordung am 21. Februar 1919 bayerischer Ministerpräsident war. Das Münchner Stadtmuseum hat den 150. Geburtstag von Kurt Eisner zum Anlass für eine Sonderausstellung genommen, die dessen Werdegang als Publizist und Politiker nachzeichnet.

Eisner, geboren am 14. Mai 1867 in Berlin als Sohn eines jüdischen Kaufmanns, studierte Philosophie und Germanistik und arbeitete danach als Journalist, erst als Redakteur der SPD-Zeitung „Vorwärts“ in Berlin, dann bei der sozialdemokratischen „Fränkischen Tagespost“ in Nürnberg und schließlich in München bei der sozialdemokratischen „Münchner Post“.

1898 war Eisner in die SPD eingetreten und unterstützte nach dem Beginn des ersten Weltkrieges, der Parteilinie folgend, auch die Kriegskredite. Die Frage der Kriegskredite führte aber schon bald zur Entfremdung von der SPD, die sich an ein Stillhalteabkommen mit der Reichsregierung („Burgfrieden“) hielt. Als sich schließlich der Anti-Kriegs-Flügel der SPD als USPD abspaltete, folgte auch Eisner. Im Januar 1918 initiierte er in München einen Munitionsarbeiterstreik und kam für neun Monate ins Gefängnis. Kaum entlassen, wurde Eisner zum Kopf der Revolution in Bayern.

Es war der 7. November 1918, als sich Arbeiter, Soldaten und Frauen auf der Theresienwiese zur Friedensdemonstration versammelten. Eisner führte den Zug an, es ging von Kaserne zu Kaserne, im Mathäserbräu kam es zur Proklamation, die tags darauf auch in den „Münchner Neuesten Nachrichten“ nachzulesen war: „Bayern



jedoch nur sehr bedingt akzeptierte und auf baldige Neuwahlen zum bayerischen Landtag drängte.

Bei der Wahl im Januar 1919 kam Eisners USPD auf nicht einmal drei Prozent der Stimmen. Am 21. Februar 1919 wurde Eisner auf den Weg in den Landtag, mit seiner Rücktrittsrede in der Tasche, von dem 22-jährigen antisemitischen Nationalisten Anton Graf von Arco auf Valley erschossen.

Nur rund drei Monate hat Kurt Eisner den Freistaat regiert. Umso beachtlicher ist, was er in dieser Zeit auf den Weg brachte: das Frauenwahlrecht, den Acht-Stunden-Tag oder die Abschaffung der kirchlichen Schulaufsicht. Auf der Trauerfeier fasst es der Dichter Heinrich Mann so zusammen: „Die 100 Tage der Regierung Eisners haben mehr Belebung der Geister gebracht als die 50 Jahre vorher.“

Bis in die 1980er Jahre tat sich vor allem die CSU, nach ihrem Selbstverständnis die „Partei, die das schöne Bayern erfunden hat“, so der Titel eines Buches des verstorbenen SZ-Journalisten Herbert Riehl-Heyse, schwer mit dem Gedenken an Kurt Eisner. Seit 1989 erinnert immerhin eine Bodenplatte in der Kardinal-Faulhaber-Straße in München an die Ermordung des ersten bayerischen Ministerpräsidenten.

Die Ausstellung im Münchner Stadtmuseum mit dem Titel „Revolutionär und Ministerpräsident – Kurt Eisner (1867-1919)“ ist noch bis 08. Oktober 2017 geöffnet.

Stephan Raabe

„Gelber-Sack-Plage“ Muss das sein?

War denn schon wieder die Zeit für das Herauslegen des Gelben Sacks gekommen? fragten sich Ende Mai die Spaziergänger, die an Bergen gelber Säcke vorbei gingen. Die letzte Abholung lag doch erst 14 Tage zurück. Ganz verunsichert schauten sie zuhause auf den Gemeindegelände mit den Müllabholterminen. Dort sahen sie es schwarz auf grün, dass die Abholung in Zorneding am 16. Juni und am Daxenberg am 17. Juni vorgesehen war.

Aber natürlich: Pfingsten und die Schulferien standen vor der Tür. Leider gibt es dann immer noch Bürgerinnen und Bürger, die ihren Abfall einfach auf die Straße legen anstatt ihn in der Garage oder dem Keller zwischenzulagern, ihre Nachbarn um Mithilfe zu bitten oder ihn vor der Reise auf dem Wertstoffhof zu entsorgen. Und so flogen die Gelben Säcke bei dem

windigen Pfingstwetter munter durch die Straßen und „erfreuten“ die Zornedinger. Die netten Nachbarn sammelten sie immer wieder ein und legten sie zurück auf die viel zu früh entstandenen Haufen. Ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle an die braven Helfer!

Übrigens liegen im Rathaus, gleich am Eingang, Kalender mit den Müllabholterminen zum Mitnehmen aus, falls Sie Ihren nicht mehr finden sollten.

Bianka Poschenrieder



Foto: Bianka Poschenrieder

Kaum zu glauben! Helferkreis wehrt sich gegen rüpelhaften Angriff

Am 1. Juli veröffentlichte die Regionalausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ für Ebersberg unter dem Titel „Wucher im Wohnheim“ einen Beitrag über den Protest des Helferkreises gegen die Höhe der Gebührenbescheide, die einige Flüchtlinge im Containerdorf unerwartet erhielten. Als Reaktion auf diesen Artikel erreichte den Helferkreis eine Mail, in der die Helfer beleidigt werden und ihre Arbeit verunglimpft wird. Sie wird hier in Auszügen zitiert genauso wie die Antwort des Helferkreises.

Die Zumutung

Den Helfern wird vorgeworfen, „den Menschen (ich wollte eigentlich ein anderes Wort verwenden, aber das würde vielleicht als Beleidigung missverstanden)“ beizubringen, „dass bei uns alles umsonst ist, sobald man das Wort Asyl in den Mund genommen hat“. Die Helfer brächten „den Flüchtlingen in meinen Augen die falschen Werte bei“. Die Flüchtlinge lernten nicht, dass es nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gibt, dafür lernten sie aber, sofort gegen missliebige Entscheidungen zu klagen: „Eine tolle Gesellschaft, die sie mit den ‚Asylanten‘ in Deutschland heranziehen.“

Er rät dem Helferkreis „seinem Syrer“ auszurichten, dass Aleppo mittlerweile vom IS befreit sei und es dort „tausende von freien Wohnungen“ gibt, „die müssen

nur etwas renoviert werden“. Aber das sei wohl nicht attraktiv, „weil es in Syrien keine Sozialhilfe und keine Helferkreise gibt“. Keiner würde freiwillig Deutschland verlassen, weil hier alles umsonst ist und die Helferkreise leisten dabei kräftig Unterstützung. Der Helferkreis soll „seinem Syrer“ vorschlagen, möglichst schnell nach Aleppo auszureisen, „dann können auch die entstandenen Kosten für die Unterbringung nicht mehr eingetrieben werden.“ In diesem Fall will der Schreiber „auch auf die Eintreibung der Kosten verzichten.“

Die Antwort

Der Helferkreis kann diese haltlosen Unterstellungen nicht hinnehmen. Wie der Schreiber der Mail offensichtlich in besagtem Artikel überlesen hat, „geht es in unserer Kritik hauptsächlich um den Umgang, den die Regierung hier wählt, nicht etwa um die Tatsache, dass man für seine Unterkunft bezahlen soll.“ Er wird eingeladen, in den Container zu kommen wo regelmäßig der Strom ausfällt, es im Sommer brütend heiß und im Winter bibbernd kalt ist, und sich aus erster Hand über die Arbeit des Helferkreises zu informieren: „Dort werden Sie sehen, was wir tun: Wir übersetzen Briefe, schreiben Lebensläufe, vermitteln Ärzte, begleiten Menschen bei Behördengängen, weil sie unser Beamtendeutsch nicht genug ver-

stehen ... Wir sind diejenigen, die keine Versprechungen machen, sondern diejenigen, die dazu beitragen, dass ein Asylbewerber oder Flüchtling besser mit der Realität zurechtkommt“.

Weiterhin wird dem Schreiber der Mail geraten, in ein Land zu ziehen, „in dem für sozial Schwache nicht viel geleistet wird“, weil deutsche Sozialleistungen für ihn offensichtlich unerträglich sind. Empfohlen wird Syrien, weil es dort neben billigem Wohnraum vor allem eines gibt, „keine Flüchtlinge!“ „Ich bin sicher, die Regierung Syriens würde Sie, wie alle anderen Menschen, mit offenen Armen empfangen. Ich würde Ihnen dann aber doch ans Herz legen, sich einige Tipps von Mohammad geben zu lassen. Ich bin sicher, dass es nicht schaden kann, zu wissen, wie man willkürlichen Verhaftungen, korrupten Polizisten, gewalttätigen Polizisten und der Todesstrafe entgeht.“ Und dann „schicken Sie uns und Mohammad doch eine Postkarte, wenn Sie dort einen gutbezahlten Job und eine große Wohnung wie hier haben! Wir würden uns sehr freuen und ich bin sicher, Mohammad auch, denn er vermisst seine Heimat sicherlich genauso sehr, wie Sie es in Aleppo tun würden.“

Noch eine kurze Nachbemerkung: Dem Schreiber der Mail scheint entgangen zu sein (oder will er es gar nicht wissen?), dass weder im Container in Zorneding noch in der Unterkunft in Pöring Syrer wohnen.

Ingrid Sendrowski

Der perfekte Dreiklang Julian Barnes' Roman „Der Lärm der Zeit“

Am 26. Januar 1936 beschließt Stalin in die Oper zu gehen. Auf dem Programm steht „Lady Macbeth von Mzensk“ von Dmitri Schostakowitsch. Den übernächsten Tag, den 28. Januar, wird Schostakowitsch bis an sein Lebensende im Kalender anstreichen. „Chaos statt Musik“ ist der Verriss der Oper in der „Prawda“ betitelt, Schostakowitsch wird zum Staatsfeind und sein Leben und das seiner Familie hängt, ja woran? Am seidenen Faden, an der Fürsprache von verbliebenen Fürsprechern, an den unergründlichen Launen der Macht? Und warum ist das alles passiert? Ist Shakespeare schuld, weil er vor ein paar hundert Jahren ein Drama geschrieben hat, das Schostakowitsch als Oper auf russische Verhältnisse übertragen hat? Ist es Schostakowitschs Schuld, weil der Erfolg seiner Oper Stalin ins Theater gelockt hat? Ist es Stalins Schuld, der den Verriss mutmaßlich selbst geschrieben hat – der Artikel wimmelt von grammatischen Fehlern und wessen Artikel dürfen nicht verbessert werden? Oder war es die Sitzordnung? Stalins Loge lag direkt über den Blechbläsern, die zu laut spielten und vor Nervosität immer lauter wurden. „Ja, letztendlich war das vielleicht die beste Sichtweise: Ein Komponist, der erst denunziert und gedemütigt, später verhaftet und erschossen wird, und alles wegen der Sitzordnung eines Orchesters.“

Im Lesesessel mag man sich über die Absurditäten, die ein Regime in seinem Kontrollwahn gebiert, amüsiert wundern, aber nicht lange. Julian Barnes geht in seinem Roman „Der Lärm der Zeit“ der Frage nach, wie frei Kunst, wie frei ein Künstler in einem totalitären System ist beziehungsweise sein kann. Wenn man liest, wie Schostakowitsch erst im Anzug schläft, den gepackten Koffer neben sich (sie holen einen immer nachts ab und er will sich die Demütigung ersparen, im Schlafanzug abgeführt zu werden), später Nacht für Nacht neben dem Aufzug wartet, um seiner Familie den Anblick seiner Verhaftung zu ersparen, packt einen das kalte Grauen. Man zittert mit, wenn sich der Aufzug in Bewegung setzt und atmet auf, wenn der Nachbar aussteigt. Man fragt sich, wie es weitergehen soll, wenn der Marschall, der seine schützende Hand über den Komponisten hält, plötzlich verschwindet. Die Paranoia des Systems wird beinahe körperlich spürbar und man fragt sich, wie kann ein Mensch das aushalten und dabei noch unsterbliche Kunstwerke

schaffen? Ein Mensch, der Künstler ist, aber auch Familienvater und als solcher kann er sich Heldenmut nicht leisten.

Nachdem Schostakowitschs Werke von den Spielplänen verschwunden sind, wird er zum Verhör ins „Große Haus“ bestellt, dem Ort des maximalen Grauens, von dem keiner zurückkehrt. Er fühlt sich als toter Mann, bis die Säuberungswelle auch den Offizier erfasst, der ihn verhört. Schostakowitsch kehrt nach Hause zurück, komponiert seine Fünfte Symphonie. Sie wird begeistert aufgenommen, ein Kritiker nennt sie die „schöpferische Antwort eines sowjetischen Künstlers auf berechnete Kritik“. Schostakowitsch wehrt sich nicht, weil diese Worte „seine Musik beschützen“.

Es beginnt die Zeit der Lügen. Meisterhaft schildert Barnes die Zerrissenheit des Künstlers, der sich der Macht andient, um dafür Sicherheit zu gewinnen, wissend, dass diese nur relativ sein kann. Noch einmal hat er direkten Kontakt mit der Macht. Stalin ruft ihn persönlich an und schickt ihn als Botschafter der russischen Kultur zu einem Kongress nach New York. Dort begeht er den für ihn ultimativen Verrat, als er sich von dem verehrten Igor Strawinsky distanziert. Als nach dem Tod Stalins unter Chruschtschow Tauwetter einsetzt, die „Macht vegetarisch geworden“ ist, wie die Schriftstellerin Anna Achmatowa sagt, hören die Angst und die Lügen nicht auf. Man konnte „einen Menschen ebenso leicht umbringen, indem man ihm Gemüse in den Rachen stopfte, wie mit den herkömmlichen Methoden aus den alten fleischfressenden Tagen“. Mit anderen Worten: Hatte er vorher um sein Leben gefürchtet, fürchtet er nun um den Verlust seiner Privilegien. Und tritt in die Partei ein – der nächste große Verrat. Und er begreift rückblickend die Ironie: „Indem sie ihn leben ließen, hatten sie ihn umgebracht.“

Barnes kann sich in Schostakowitschs Gedanken versetzen, weil er keine Biografie, sondern einen Roman schreibt. Zwar gespickt mit unzähligen Details,



aber eben mit aller Freiheit des Romanciers. Und deshalb dreht sich „Der Lärm der Zeit“ nicht um Schostakowitschs Musik, sondern um die Fragen von Totalitarismus, Opportunismus, künstlerischer Freiheit, Lüge, Verrat und Wahrheit. Kann jemand, der nichts als die Freiheit kennt, sich anmaßen, darüber zu urteilen? Den Text umgibt wie eine Klammer eine Szene auf einem Bahnhof: Aus einem wartenden Zug steigen zwei Männer aus, ein Bettler bittet um Wodka. Die Reisenden schenken dem Bettler und sich in drei verschiedene Gläser ein und stoßen an. Da hört Dmitri Dmitrijewitsch den perfekten Dreiklang, „ein Geräusch, das vom Lärm der Zeit rein war und alle und alles überdauern würde. Und vielleicht kam es am Ende nur darauf an.“

Ingrid Sendrowski

Julian Barnes:
Der Lärm der Zeit
Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 2017
ISBN 978-3-462-04888-9
Gebundene Ausgabe 20,00 €,
e-book 16,99 €

Französische Kommunalpolitik, gewürzt mit elsässischer Küche

Ein Blick über den Rhein

Im Mai 2017 besuchte eine Gruppe von 18 Bürgermeisterinnen, Stadt- und Gemeinderätinnen aus ganz Bayern auf Einladung des Bayerischen Gemeindetages das Elsass. Thema der Fachexkursion war die gemeindliche und übergemeindliche Entwicklung in Frankreich. Wir sollten die perfektionierte Form der interkommunalen Zusammenarbeit am Beispiel elsässischer Gemeinden näher kennenlernen. Der Zeitpunkt der Reise hätte nicht besser gewählt sein können: eine Woche nach der Wahl von Emmanuel Macron zum Präsidenten und kurz vor den Parlamentswahlen in Frankreich. Die elsässischen Kommunalpolitiker zeigten offen ihre große Erleichterung über den Wahlausgang der Präsidentenwahl und die Hoffnung auf Verbesserungen für kleine Gemeinden nach der Wahl des Parlaments war in allen besuchten Rathäusern zu spüren.

Erste Station: Batzendorf

Unsere erste Station der Exkursion war Batzendorf bei Haguenau, eine kleine Gemeinde mit knapp 1.000 Einwohnern, einer Bürgermeisterin mit vier Stellvertretern, 15 Gemeinderäten und nur einer Verwaltungskraft im Rathaus. Da alle Bürgermeister in Frankreich ehrenamtlich arbeiten, ist es erforderlich, die gemeindlichen Arbeitsgebiete auf viele Stellvertreter-Schultern zu verteilen. Die Bürgermeisterin Batzendorfs, Isabelle Dollinger, zeigte uns stolz die neu errichtete Kinderbetreuung und den Rohbau der Grundschulerweiterung. Zur Über-

brückung der Bauphase sind die Kinder in Containern untergebracht – so eine Lösung kennen wir im Landkreis Ebersberg ja auch. Doch die Investitionen belasten den kommunalen Haushalt Batzendorfs stark und aus einer bis vor zwei Jahren schuldenfreien Gemeinde wurde eine auf lange Zeit verschuldete.

Am nächsten Tag trafen wir Bürgermeisterin Dollinger noch einmal in Straßburg im Departementalrat Bas-Rhin/Unterelsass, wo sie uns als amtierende Vizepräsidentin die Struktur des Departementalrats mit den umfangreichen Aufgaben erläuterte. Der Nachmittag war dann für das EU-Parlament reserviert. Hauptthema unserer dortigen Gesprächspartnerinnen, die EU-Abgeordnete Dr. Angelika Niebler und ihre französische Kollegin Anne Sander, war der Brexit. Die Debatte im EU-Plenarsaal behandelte allerdings nicht die im EU-Parlament sehr kontrovers geführte Diskussion über den Brexit, sondern die möglichen Gegenmaßnahmen zu einer ausufernden Korruption in Europa. Ein durchaus fesselnder Tagesordnungspunkt - verwunderlich waren für uns nur die leeren Sitzreihen im Saal trotz der spannenden, übrigens streng zeitbegrenzten Wortbeiträge.

Weitere Stationen der nächsten Tage waren Wintzenheim bei Colmar und Breitenbach im Münstertal. In Wintzenheim, einer Gemeinde mit ca. 8.000 Einwohnern, führte uns die 2. Bürgermeisterin



Im Garten der Kinderbetreuungseinrichtung Batzendorf

Foto: privat

Lucette Spinhirny zu einem Vorzeigeprojekt des Ortes. Die gelungene, modern gestaltete Erweiterung eines historischen Gebäudes zum Kulturzentrum Arthuss beeindruckte ebenso wie die geringen Baukosten, von denen wir in Bayern nicht zu träumen wagen. Hier finden sich Jugendzentrum, Volkshochschule und Musikschule, Mittagsbetreuung und Hort, Theater und Kino, Vereinsheim und vieles mehr unter einem Dach vereint.

Breitenbach

Auf dem Weg in die Gemeinde Breitenbach begleiteten uns Störche, die in großer Zahl ihre Nester in Münster auf den Dachfirsten erbauen. Alleine auf der imposanten Kirche konnten wir acht Nester, alle ‚in Betrieb‘, zählen. Im Breitenbacher Rathaus wurde uns vom dortigen Bürgermeister Pierre Gsell und der Geschäftsführerin des Tourismusverbands Nicole Bézu die Rolle der interkommunalen Zusammenarbeit in der Region verdeutlicht.

Dieses gemeinsame Vorgehen von Kommunen über Gemeindegrenzen hinweg gefiel uns sehr. Gemeinsam gestaltete Gewerbegebiete oder Feuerwehrhäuser, von mehreren Kommunen finanzierte Schulzentren oder überregionale Kindertageseinrichtungen könnten auch bei uns in Bayern funktionieren.

Auf der anderen Seite bedauerten alle getroffenen BürgermeisterInnen den Druck des Staates, der kleine Gemeinden zu Zusammenschlüssen drängt. Pierre Gsell zum Beispiel machte aus seiner

Jeden Freitag von 14.00 bis 18.00 Uhr

Münchner Straße 23 · Zorneding

<https://biohof-lenz.de> info@biohof-lenz.de

Meinung kein Hehl und erklärte, „dass auf nationaler Ebene der Tod der kleinen Gemeinden beschlossen wurde, geopfert auf dem Altar der größeren Gebietseinheiten. Um uns zu verpflichten, zusammenzugehen, kürzt man uns drastisch die Zuschüsse. Wir erschöpfen uns in Versuchen, Gesetze anzuwenden, die in unserem Gebiet nur schlecht funktionieren.“

Interkommunale Zusammenarbeit

Den letzten Vormittag der Reise verbrachten wir mit Nicole Zehner, der Bürgermeisterin von Neubois und Vizepräsidentin der Kommunalallianz des Weilertals/Val de Villé. Eine Kommunalallianz ist ein durch den französischen Staat mit Zuschüssen bedachter Zweckverband, in dem sich mehrere kleine Gemeinden zusammenschließen. Allein könnten sie viele Aufgaben nicht mehr erledigen, da sie ihre Gemeindekassen nur durch direkte und indirekte Grundsteuern und eine sogenannte Wohnsteuer füllen können. Sie sind auf die immer kleiner werdenden

Zuschüsse des Staates angewiesen und werden auf diese Weise durch den Staat zentralistisch geführt. Nicole Zehner zeigte uns am Beispiel einer neu erbauten Grundschule mit einer integrierten außerschulischen Betreuungseinrichtung



Erstes gemeinsames Mittagessen im Elsass

Foto: privat

die große Bedeutung interkommunaler Arbeit. Uns wurde ein Vorbildprojekt dreier Gemeinden in der Talgemeinde Fouchy präsentiert, die zur Nachahmung anregt. Kinder von 3 bis 11 Jahren werden von morgens 7:00 Uhr bis abends um

18:30 Uhr unter einem Dach gut betreut und unterrichtet. Und so war es nicht verwunderlich, dass sich bei der einen oder anderen Exkursionsteilnehmerin Nachdenklichkeit einstellte, wenn sie an all die Schwierigkeiten im Gemeinderat zuhause bei der Planung von Krippen, Kindergärten oder Schulumbauten dachte.

Bei den gemeinsamen, landschaftstypisch opulenten Essen zusammen mit den französischen Kolleginnen, wurden dann die neuen Erkenntnisse diskutiert. Gesprächsstoff gab es ja reichlich. Und so genossen wir nicht nur die geistigen, sondern auch die kulinarischen Freuden einer besonderen Gastfreundschaft.

Eine traditionelle Spezialität bleibt allen mitgereisten Bürgermeisterinnen sicher unvergesslich: Der aromatische, um nicht zu sagen durchdringende „Duft“ des Münsterkäs‘ für die Zornedinger Rathausmannschaft, der uns auf unserem Heimweg nach Bayern im Bus begleitete.

Bianka Poschenrieder

**Umsteuern ist angezeigt
Was will die SPD in der Steuerpolitik?**

Statt in einen Überbietungswettbewerb bei der Forderung nach Steuer-senkungen einzutreten, hat die SPD ein klares Konzept vorgelegt: Es verknüpft zielgerichtete Steuererleichterungen mit Vorschlägen zur Gegenfinanzierung, die auch für die Zukunft eine ausreichende Finanzausstattung von Bund, Länder und Kommunen sicherstellen.

Die SPD hat bei ihren Vorschlägen im Blick, dass von einer Entlastung von Normalverdienern immer auch die Spitzenverdiener profitieren, diese somit eine sozialpolitische Unwucht erzeugt und vor allem mit unverhältnismäßigen Einnahmeausfällen für die öffentliche Hand verbunden ist. Deshalb auch der Vorschlag der SPD, dass der Spitzensteuersatz ab einer bestimmten, gegenüber der bestehenden Gesetzeslage erhöhten Einkommensgrenze ansteigen soll. Zudem will die SPD bei der Abgeltungssteuer, der pauschalen Besteuerung von Kapitalerträgen zunächst den Steuersatz für die Dauer von drei Jahren von 25 % auf 32 % erhöhen. Danach soll das Steueraufkommen geprüft werden, die Abgeltungs-

steuer abgeschafft und zur individuellen Besteuerung von Kapitalerträge zurückgekehrt werden.

Besteuerung von Erbschaften und Vermögen

Zum Ausgleich der sozialen Schieflage in Deutschland fordert die SPD Änderungen bei der Ausgestaltung der Erbschaftssteuer. Die vom Bundesverfassungsgericht auferlegte Neuregelung der Erbschaftssteuer wurde von den Unionsparteien nur widerwillig und schleppend umgesetzt, was zähe Verhandlungen zur Folge hatte. Pläne zu einer umfassenderen Besteuerung von Unternehmenserben scheiterten vor allem am Widerstand der CSU, die auf Zeit spielte. Der schließlich gefundene Kompromiss trägt eindeutig die Handschrift der Familienunternehmerlobby, die sich mit Hilfe der CSU, an der Spitze CSU-Chef Horst Seehofer durchgesetzt hat.

Die Wiederbelebung der im Jahr 1997 ausgesetzten Vermögenssteuer hat die SPD vorerst hintangestellt. Dies hat fol-

genden Grund: Die Vermögenssteuer wurde 1997 ausgesetzt, weil Immobilien nicht adäquat bewertet werden konnten. Dieses Problem besteht noch immer. Seit 2016 existiert ein Bundesratsbeschluss für ein Bewertungsgesetz, aber es wird Jahre dauern, bis die 45 Millionen Immobilien in Deutschland bewertet sind. Wer also von

(weiter auf Seite 22)

MIAU UND WAU

— 1980 —

SERVUS AM 28.7.

— 2017 —

SAG' ICH LEISE: CIAO!

KLEINTIERPRAXIS
DR. ULRIKE WIEDEMANN
FREYBERGSTR. 2
85604 PÖRING

(Fortsetzung von Seite 21)

der Vermögenssteuer umgehend hohe Einnahmen erwartet, liegt wohl falsch.

Ähnliches gilt für die Erbschaftssteuer: Auch wenn das Gesetz grundlegend geändert würde, würde es dauern, bis eine Wirkung eintritt. Dies liegt an den Vorzieheffekten, die es vor Inkrafttreten der jetzigen Regelung in großem Umfang gegeben hat. So wurden Kindern per Schenkung ganze Unternehmen überschrieben. Dies hat zur Folge, dass die Einnahmen aus der Erbschaftssteuer viele Jahre auf niedrigem Niveau bleiben werden. Aktuell ist davon keine Gegenfinanzierung für Entlastungen der unteren Einkommen zu erwarten. Die Änderung der Erbschaftssteuer hat sich die SPD dennoch auf die Fahnen geschrieben, weil es dabei darum geht, die Schieflage bei der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland anzugehen.

FDP und CDU: wer hat, dem wird gegeben

In der Steuerpolitik ist die FDP ganz die alte, sie bleibt eine Partei für privilegierte Berufsgruppen. Die „Mitte“ interessiert nur als Stimmvieh, um Privilegien für die Besserverdienenden zu sichern. Die einzig konkrete FDP-Forderung lautet nämlich: Abschaffung des Soli bis 2019. Die Liberalen behaupten, dass davon vorneweg die Normalverdiener profitieren würden. Doch dies ist falsch. Den Solidaritätszuschlag zahlen vor allem die Besserverdienenden. Konkret: Eine Familie mit zwei Kindern zahlt überhaupt keinen Solidaritätszuschlag, wenn ihr Jahresbruttoeinkom-

men weniger als 52.000 Euro beträgt. Ein solches Einkommen können aber nur wenige Haushalte verbuchen, denn selbst Vollzeitbeschäftigte verdienen im Mittel nur knapp 42.000 Euro im Jahr.

Die CDU verspricht ebenfalls Steuer-senkungen, vorgeblich, um die vielzitierte „Mitte“ zu entlasten. Mit den bislang bekannten Vorschlägen betreibt die CDU klassische Klientelpolitik, will dies aber als dringend notwendige „Entlastung“ für die „Mitte“ verkaufen, deren Steuerbelastung zu hoch sei.

Tatsächlich ist die Steuerquote in den vergangenen vier Jahrzehnten bemerkenswert stabil geblieben. Nicht die Steuern an sich sind das Problem, sondern ihre Struktur. In den letzten Jahrzehnten wurden die Reichen entlastet – und die Geringverdiener belastet. Denn die „direkten“ Steuern, die progressiv auf das Einkommen und Vermögen erhoben werden, sanken. Gleichzeitig stiegen die „indirekten“ Steuern, die auf den Verbrauch entfallen und von allen gezahlt werden. Vor allem die Mehrwertsteuer kletterte von einst 10 auf mittlerweile 19 Prozent.

Sozialabgaben belasten Geringverdiener über Gebühr

Die SPD-Vorschläge sind deshalb zielgerichtet, weil sie bei den Sozialabgaben ansetzen. Denn die sind, anders als die Steuern, im internationalen Vergleich in Deutschland tatsächlich besonders hoch. Und sie treffen vor allem und überproportional die unteren und mittleren Einkommensgruppen, während die Bezieher

hoher Einkommen wegen der Bemessungsgrenzen weit weniger zahlen, gemessen an ihren Einkünften.

Wer als Single heute 1.300 Euro brutto pro Monat verdient, zahlt zwar nur 40 Euro Steuern, aber fast 270 Euro für Renten-, Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung.

Deshalb will die SPD Geringverdiener bei den Sozialabgaben entlasten. Künftig soll der Arbeitnehmerbeitrag zwischen 451 und 1.300 Euro nur allmählich ansteigen. Im Gegensatz zur heutigen Regelung für sogenannte Midi-Jobs sollen sie dabei aber die vollen Rentenansprüche erwerben. Finanzieren will die SPD dies aus Steuermitteln.

Bleibt die Frage: Wieso braucht der Staat überhaupt so viel Geld? Nun, es lässt sich nicht bestreiten, dass die öffentlichen Investitionen seit Jahrzehnten viel zu gering sind, auch im Vergleich zu anderen Industriestaaten. Der vielfach marode Zustand der Infrastruktur ist ein Armutszeugnis für eines der reichsten Länder der Welt mit Steuereinnahmen auf Rekordniveau. Doch Finanzminister Schäuble hält unbeirrt am Dogma der „schwarzen Null“ fest, vielleicht auch deshalb, weil es für die Unionsparteien mittlerweile identitätsstiftenden Charakter hat. Das Gebot der Stunde wäre aber, in die Zukunft zu investieren statt die wegen der guten Konjunktur und der niedrigen Zinsen hohen Steuereinnahmen für Steuerentlastungen zu verbraten.

Stephan Raabe




STEFAN KOCH
STEUERBERATER
ANZINGER STRASSE 1B
85604 ZORNEDING-PÖRING
TELEFON 08106 2101800
sfb@koch-zorneding.de



Lehmann Sonnenschutz

Meisterbetrieb für:

- Jalousien für innen u. außen
- Rollläden, Raffstores
- Markisen aller Art
- Insektenschutz
- Sonnensegel
- Terrassendächer
- Gastronomiebeschattung
- Garagentore, Rolltore
- Antriebe für Rollläden, Markisen, Tore, Scherengitter
- Vertikaljalousien, Flächenvorhänge, Plisse, Vorhänge, Rollos

Alexander Lehmann
Wolfesing 3
85604 Zorneding
Tel. 08106/246681
Mobil 0177/8904933

Besuchen Sie unsere neue Ausstellung.

www.lehmann-sonnenschutz.de

Jagd auf Agrarland beenden!

Das Europaparlament hat am 27. April den von mir verfassten Initiativbericht gegen Agrarlandkonzentration mit deutlicher Mehrheit angenommen.

Agrarland darf nicht nur in den Händen einiger weniger Großkonzerne oder außerlandwirtschaftlicher Investoren sein – das haben die Abgeordneten mit ihrem Votum unterstrichen. Damit senden wir auch ein deutliches Zeichen der Solidarität an die europäischen Bäuerinnen und Bauern.

Katastrophale Konzentrationsprozesse

Der Bericht macht die katastrophalen Konzentrationsprozesse bei Agrarland deutlich: 2013 kontrollierten in der EU rund 3 Prozent der Betriebe mehr als die Hälfte (52 Prozent) der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Im Gegensatz dazu verfügten mehr als drei Viertel aller Betriebe (76 Prozent) lediglich über rund 11 Prozent des Agrarlandes. Zudem wird aufgezeigt, wie der Zugang zu landwirtschaftlicher Nutzfläche für LandwirtInnen erleichtert werden kann. Das Thema hatte in jüngster Zeit immer mehr Aufmerksamkeit, auch von Seiten der EU-Kommission und der Mitgliedstaaten, erfahren. Der Bericht des Agrarausschusses gilt daher als richtungweisend.

Glücklicherweise ist es den konservativen und liberalen Kräften im Parlament nicht gelungen, die konkreten Maßnahmen für die neue Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) zu verhindern, die ab 2020 der Agrarlandkonzentration realistisch entgegenwirken sollen. Konservative und Liberale versuchten vergeblich, im Plenum eine Mehrheit gegen entsprechende Vorschläge zur aktuellen GAP zu organisieren. Ihr Abstimmungsverhalten zeigt deutlich, dass sie sich der Schwere des Problems immer noch nicht bewusst sind oder die Verwerfungen auf dem Bodenmarkt bewusst dulden. Damit schützen sie die großen Agrarkonzerne, was wiederum zu Lasten der kleinen und mittleren Betriebe geht, die dem Preisdruck nicht standhalten können und aufgeben müssen.

Der Bericht enthält zudem Maßnahmen, um zu verhindern, dass Agrarsubventionen Konzentrationsprozesse noch befördern. In der EU gibt es einen Konzentrationsgrad von landwirtschaftlichen Flächen, der mit dem Brasiliens und der Philippinen vergleichbar ist. Die Konservativen versuchen jedoch immer noch zu leugnen, dass ein Zusammenhang zwischen diesen Konzentrationsprozessen und der finanziellen Förderung von Flächenzuwachs besteht. Leider ist es derzeit ganz einfach: Wer viel Land besitzt, bekommt auch viel Geld. Hier muss ein Umdenken stattfinden: Nicht die Flächengröße, sondern der Mehrwert für die Gesellschaft muss das Vergabekriterium sein. Wir fordern daher die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten auf, im Rahmen der nächsten GAP-Reform einen

Mehrwert statt Größenwahn

effektiveren Mechanismus für die Umverteilung von Beihilfen einzuführen, um der Konzentration von Agrarland entgegen zu wirken.

Um dieses Ziel zu unterstützen, stellt der Bericht weitere Forderungen auf: So sollen die Mitgliedstaaten unter anderem Preise bei Pachtverträgen kontrollieren und gegebenenfalls sanktionieren, die „Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern“ des Ausschusses für Welternährungssicherheit umsetzen sowie JunglandwirtInnen und NeueinsteigerInnen in die Landwirtschaft intensiver zu unterstützen und zu fördern.



Ihre
Maria Noichl, MdB

www.maria-noichl.eu

www.maria-noichl.eu

www.maria-noichl.eu



Thomas Schlung

Parkstraße 33
85604 Zorneding

Telefon
0 81 06 / 99 59 03

Mobil
0172 / 8 63 82 96

Fax
0 81 06 / 99 59 05

Ihr Helfer rund ums Haus -
im Sommer wie im Winter!



ZWEIRAD
HOFMANN
MEISTERBETRIEB

Fahrräder – Radsport
Zubehör – Bekleidung
Beratung – Verkauf – Reparatur

www.zweirad-hofmann.de

Georg-Wimmer-Ring 5
85604 Zorneding
Tel. 081 06 / 292 26

Aktuell haben wir eine große Auswahl an E-Bikes,
MTBs, Trekking- und City-Rädern, Zubehör u.v.m.

Lassen Sie sich jetzt kompetent beraten
und testen Sie eines unserer Räder!

Das Team Zweirad Hofmann freut sich auf Ihren Besuch!

Energiewende – alles hängt am Strom

Klimamanager Gröbmayer präsentiert Meilensteinplan

Bis zum Jahr 2030 soll im Landkreis Ebersberg die Energiewende vollzogen sein. Das heißt, für Strom, Wärmegewinnung und Mobilität sollen keine fossilen oder andere „endliche“ Energieträger mehr verwendet werden. Dieses Ziel hat sich der Landkreis gesetzt, so hat es der Kreistag beschlossen – übrigens ebenso unser Gemeinderat.

Wie dieses ambitionierte Ziel erreicht werden kann, stellte Klimamanager Hans Gröbmayer im Juni mit einem „Meilensteinplan“ dem Ausschuss Umweltangelegenheiten, Naturschutz, Abfallwirtschaft, Landkreisentwicklung, Regionalmanagement und Verkehrsstruktur (ULV) des Kreistags vor.

Wichtig: Energie sparen

Dazu müsste zunächst einmal Energie gespart werden. Der reguläre Verbrauch von Wärme liegt derzeit bei 1.542 Gigawattstunden (GWh) im Jahr. Bis 2030 soll der Verbrauch auf 1.070 GWh jähr-

lich sinken. Den größten Teil (42 Prozent) müssten private Haushalte einsparen, gefolgt von kommunalen Liegenschaften (39 Prozent) sowie Gewerbe und Industrie (18 Prozent), so die Zahlen wissenschaftlicher Institute.

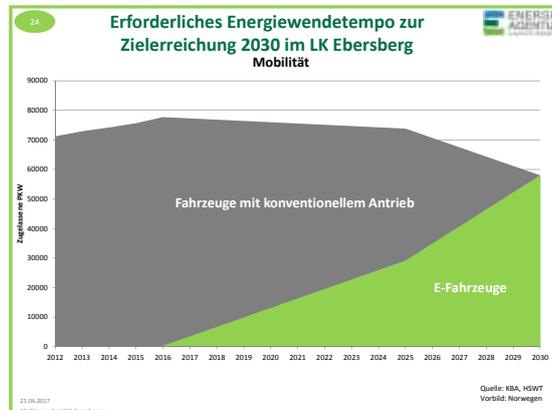
Möglich wäre dies unter anderem durch entsprechende Standards bei der Gebäudedämmung. Gleichzeitig müssten nicht wie jetzt 288 GWh im Jahr aus erneuerbarer Energie kommen, sondern 518 GWh. Möglich wäre dies mit 20.000 privaten Solarthermie-Anlagen auf Dächern (derzeit 2.560), zehn Freiflächenanlagen von der Größe je eines Fußballfeldes (noch gibt es keine), vier Geothermie-Kraftwerken statt dem einen existierenden in Poing und intensiver Nutzung von Abwärme, zum Beispiel aus Treibhäusern. Einzig bei Biomasse ist der Landkreis relativ gut aufgestellt, zu den vorhandenen 42 Biomasse-Anlagen müssten 20 weitere hinzukommen.

Mobilität

Sehr viel tun muss sich auf dem Sektor Mobilität. Von den knapp 80.000 zugelassenen Fahrzeugen im Landkreis werden ganze 282 elektrisch angetrieben. Wenn die Entwicklung sich im gleichen Tempo wie bis jetzt fortsetzt, fahren 2030 knapp 10.000 „Stromer“ auf unseren Straßen, es müssten

aber 58.000 sein.

Gleichzeitig soll aber Strom eingespart werden. Bereits seit 2012 geht der „reguläre Stromverbrauch“ in kommunalen Liegenschaften, privaten Haushalten, Gewerbe und Industrie kontinuierlich zurück, zum Beispiel durch effizientere



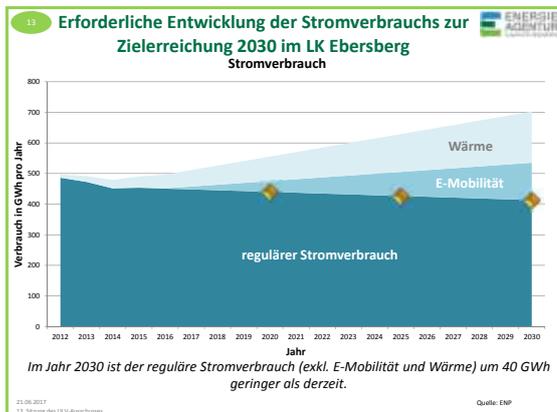
Geräte, und er soll bis 2030 weiter sinken. Doch E-Mobilität und Wärmegewinnung aus Strom, die sogenannte Sektorkopplung, kommen dazu und lassen den gesamten Verbrauch tendenziell ansteigen. Ein Widerspruch? Nicht, wenn der Strom aus regenerativen Energien gewonnen wird.

Und da gibt es richtig viel zu tun. Neben den Biomasse-Anlagen kommen hier Wind und Sonne ins Spiel. Wenn wir im bisherigen Tempo weitermachen, wird 2030 immer noch knapp die Hälfte unseres Stroms aus fossilen Brennstoffen gewonnen werden.

Allein der seit Jahren rückläufige Bau von Photovoltaik-Anlagen (PV) auf Dächern müsste kräftig angekurbelt werden. Derzeit liefern 3.678 Anlagen Strom, in 13 Jahren sind 17.000 nötig. Die Zahl der Freiflächenanlagen beträgt gerade mal vier, gebraucht werden 126. Statt dem einen verträumten Windrad in Bruck müssten sich in 2020 sechs und bis 2030 mindestens 33 drehen.

Machbarkeit

Und wie soll das zu schaffen sein? Dazu schlägt Hans Gröbmayer Leitprojekte auf verschiedenen Ebenen vor. Auf der Meta-Ebene sind das im Bereich Bildung die Ausweitung des Projekts „Eberberger Klimaschulen“ auf alle Schulen im Landkreis, auch die Kinderbetreuungseinrichtungen sollen einbezogen werden. In der Erwachsenenbildung könnten die Fachgespräche ausgebaut werden und auch die Flüchtlinge werden in Sachen Klimaschutz geschult.



Tassilo Apotheke

Martina Schott



Wir liefern im Einzugsgebiet



**Herzogplatz 14, 85604 Zorneding,
Tel. 08106/22269 Fax: 08106/998729**



Weiterhin sollen alle Gemeinden das Landkreisziel 2030 übernehmen, kommunale Vorhaben werden im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Energiewende geprüft und gegebenenfalls optimiert. Darüber hinaus beschließt der Landkreis EMAS-Leitlinien und setzt diese um. EMAS steht für „Eco Management and Audit Scheme“, wurde 1993 vom Europä-

gen kommen, die in mindestens zehn Gemeinden realisiert werden sollen.

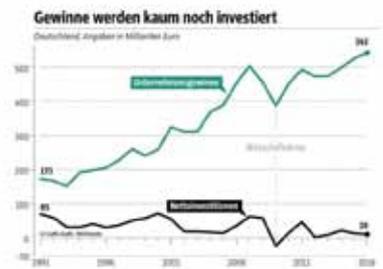
Quartierskonzepte

Ganz oben stehen auch Quartierskonzepte wie das für den Daxenberg in Zorneding, das als Leuchtturm-Projekt für die Region gilt. Für Kommunen und Unternehmen werden Energie-Effizienz-Netzwerke aufgebaut und um das alles an die richtige Adresse zu bringen, kommt der Beratung eine wichtige Rolle zu. So sollen zum Beispiel dreimal im Jahr „Energie-Karawanen“ durch die Quartiere ziehen.

Wer soll und wird das alles stemmen? Hier sind die Energie-Agentur, die REGE (Regenerative Energie Ebersberg e.V.), ein Zusammenschluss der Landkreis-Kommunen, des Landkrei-

ses und der Bürger-Energiegenossenschaften und das EBERwerk gefragt, die unterstützt und ausgebaut werden. Und zuletzt die Gretchenfrage: Wer bezahlt das alles? Geld ist da, so Gröbmayr, es müsste nur entsprechend reinvestiert werden. Denn während die Unternehmensgewinne von 173 Milliarden Euro in 1991 auf stattliche 543 Milliarden im letzten Jahr stiegen, sanken die Nettoinvestitionen im gleichen Zeitraum von 85 Milliarden Euro auf 20 Milliarden. Und er schiebt für die Region gleich noch ein Zuckerl hinterher. Lag der Erlös durch erneuerbare Energien im letzten Jahr noch bei 24,8 Millionen Euro im Stromsektor und bei 41,4 Millionen im Wärmesektor,

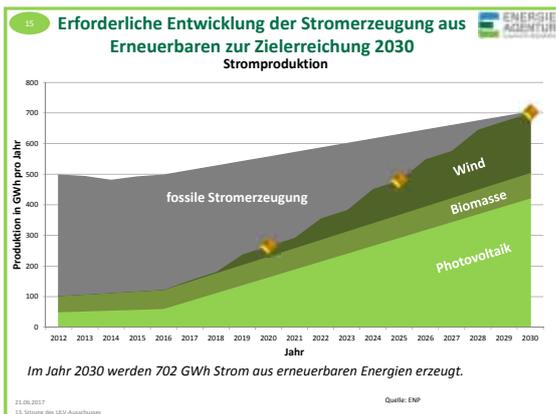
40 Das Geld ist da!



könnte er den Prognosen zufolge 2030 auf 70,2 beziehungsweise 106,6 Millionen Euro steigen.

Ingrid Sendrowski
Bianka Poschenrieder

alle Grafiken © Hans Gröbmayr, Landratsamt Ebersberg



ischen Rat beschlossen und ist ein freiwilliges Instrument der EU, mit dem die Umweltleistungen von Unternehmen und Organisationen verbessert werden.

Stromsektor

Für den Sektor Strom gibt es bereits konkrete Vorschläge: So könnte das Landratsamt mit gutem Beispiel vorangehen und das Dach seines künftigen Domizils, der jetzigen Kreissparkasse in Ebersberg, mit PV-Modulen bestücken. Eine Freiflächen-PV-Anlage mit Bauleitplanung wird gefordert und Hausbesitzer sollen über das Sonnenpotenzial ihrer Dächer informiert werden oder können das selbst machen über den Solarkataster:

www.energie-wende-ebersberg.de.

Dazu kommt der Bau mehrerer kleiner Windparks sowie die Erweiterung des Virtuellen Kraftwerks (zentrale Steuerung dezentraler Einheiten zur Stromer-

MEHR FREUDE AM SCHRAUBEN. JETZT AUCH IN ZORNEDING.

Wiesböck Autoteile & Zubehör, Georg-Wimmer-Ring 1, 85104 Zorneding

Autoteile & Zubehör, Werkzeuge, Lacke und Werkstatteinrichtung
www.autoteile-wiesboeck.de

Wiesböck
Heusfeld · Wasserburg · Zorneding

Frauen- und Mädchennotruf auf der EGA 2017

Eine Fachberatungsstelle des Landkreises Ebersberg stellt sich vor

Der Frauen- und Mädchennotruf Ebersberg beteiligte sich in Kooperation mit der Polizeiinspektion Ebersberg an der diesjährigen Kreisgewerbeschau, um den Bürgern und Bürgerinnen ihr Beratungsangebot vorzustellen und über die Problematik der häuslichen Gewalt zu informieren.

Die Fachberatungsstelle unterstützt Frauen und Mädchen, die von Gewalt betroffen sind, durch Beratung, Krisenintervention, Sicherheitsplanung und auf dem Weg der Neuorientierung. Zudem engagiert sich der Frauennotruf in der Prävention.

Im vergangenen Jahr haben sich 161 Frauen an uns gewandt, wovon 134 von häuslicher Gewalt betroffen waren. Insgesamt fanden 403 Beratungskontakte statt.

Auf der Messe ergaben sich interessante Gespräche mit BesucherInnen, AusstellerInnen und PolitikerInnen aus dem

Landkreis. Die proaktive Arbeit in Kooperation mit der Polizei ist ein wichtiger Bereich des Frauennotrufes, denn so können

Der Trägerverein *Frauen helfen Frauen* Landkreis Ebersberg wurde vor 28 Jahren von engagierten Frauen aus dem Landkreis gegründet, um die Situation der von Gewalt betroffenen Frauen zu verbessern. Auch heute noch setzen sich Frauen ehrenamtlich dafür ein, dass das Angebot des Frauen- und Mädchennotrufes erhalten bleibt. Wir freuen uns über BürgerInnen, die sich ebenfalls zu dem Thema engagieren oder durch eine Spende unsere Arbeit unterstützen wollen.

Foto: W. Poschenrieder



Ewald Schurer, MdB, Silvia Bothe und Blanka Poschenrieder

Menschen erreicht werden, die bisher noch nichts von dem Beratungs- und Unterstützungsangebot der Fachberatungsstelle wussten. Mit Zustimmung der betroffenen Person erhält der Frauennotruf die Kontaktdaten von Gewalt betroffenen Frauen, die eine Beratung wünschen.

Silvia Bothe

Spendenkonto:
Kreissparkasse München
Starnberg Ebersberg
IBAN: DE40 7025 0150 0028 6340 20
BIC: BYLADEM1KMS



Foto: W. Poschenrieder



Foto: W. Poschenrieder



CZIRNICH
RECHTSANWALT

Sie haben eine rechtliche Frage.

Meine Kanzlei berät Sie gerne bei allen zivilrechtlichen Fragen.

Informieren Sie sich auf meiner Internetseite oder rufen Sie mich an.

Ich helfe Ihnen weiter.
Sie erreichen mich unter

Tel. 08091-617 7777
anwalt@czirnich.de
www.czirnich.de

Christian Czirnich
Rechtsanwalt
Hubertusstr. 8a
85614 Kirchseeon



19% Gutschrift
für Ihre Erstberatung
in 2017

KOLB + Elektro
OBERHAUSER

Zornedinger Straße 9 85614 Kirchseeon

Tel: 08091/ 4145 Fax: 08091/ 6222

www.kolb-oberhauser@web.de

Sommerfest des VdK-Ortsverbandes Zorneding-Pöring

Bei strahlendem Sommerwetter fand am 17. Juni das Sommerfest des VdK-Ortsverbandes Zorneding-Pöring statt. Mehr als 60 Besucherinnen und Besucher fanden sich im Biergarten im Pöring ein.

Neben dem geselligen Teil wurde auch an das 70-jährige Bestehen des VdK erinnert. In einer kurzen Ansprache schlug der 1. Vorsitzende des Ortsverbandes, Werner Voigt, den Bogen von den Anfängen des VdK nach dem Ende des 2. Weltkrieges als Vertretung der Kriegsversehrten und deren Angehörigen hin zum modernen Sozialverband heutzutage.

Im Beisein von Zornedings Bürgermeister Piet Mayr und der zweiten Bürgermeisterin Bianka Poschenrieder ehrte Werner Voigt drei Mitglieder für deren jahrzehntelange Mitgliedschaft im VdK.

Geehrt wurden Ludwig Bloching für 70 Jahre Mitgliedschaft im VdK, Korbinian Paul für 65 Jahre und Jakob Ketterer, der seit 60 Jahren dem VdK angehört (auf dem Foto in der Mitte von links nach rechts).



Foto: privat

Stephan Raabe

Verehrte Leserin, verehrter Leser,

Sie können nicht überall sein? Die Mitarbeiter der Verwaltung und die Gemeinderäte auch nicht! Aber gemeinsam sind wir stärker. Teilen Sie uns bitte mit, wenn Ihnen etwas auffällt, das im Gemeindegebiet nicht in Ordnung ist. Dieser Zettel soll Ihnen dabei helfen. Wir kümmern uns.

Wann festgestellt _____

Wo festgestellt _____

Damit wir Sie informieren können...

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Zettel bitte einwerfen: SPD-Briefkasten, Schulstraße 2

- Gehweg/Straße beschädigt
- Sträucher/Bäume zurückschneiden
- Spielgerät beschädigt
- Straßenlampe beschädigt/brennt nicht
- Verkehrsschild beschädigt
- Container voll/verschmutzt
- Gully verstopft
- Sonstiges _____



oder E-Mail an fraktion@spd-zorneding.de

Achtung Betriebe und Vereine
wir fertigen die Shirts mit Eurem Logo !

Gratkatalog anfordern!
08067/883880

Logo mailen an:
peter@steyrer.biz
und los geht's

zum Beispiel
Polohemd mit Ihrem Firmenlogo **nur 14,90 €**
zuz. 19% MWSt.

www.steyrer.de
eigene Herstellung
Fuchsbergstr. 1 - D-83104 Tuntenhäusen

Der Preis versteht sich ab druckreif verwendbarer Vorlage 1-farbiger plakativer Druck auf der Brust bei einer Mindestabnahme von 10 Stück vom gleichem Logo Stand 2017

BAU- und KUNSTSCHLOSSEREI

ck **CH. KRUMPHOLZ**

Wolfesing 1 • 85604 Zorneding
Tel. + Fax 0 81 06 / 2 26 31



Gerade haben die Damen von Per Noi die Cappellesi in Zorneding bewirtet, schon geht es mit der Planung für die Herbstfahrt nach Cappella Maggiore weiter. Am Freitag, 29. September fährt der Bus zum Gegenbesuch ins Veneto, am Sonntag, 1. Oktober zurück. Am Samstag steht vormittags wie immer ein Ausflug auf dem Programm, am Nachmittag werden Dirndl und Lederhosen aus dem Koffer geholt. Und dann wird bei Haxn, Bier und Blasmusik Oktoberfest gefeiert.
Anmeldung unter www.fest.in-cappella.de



Sie möchten Ihre Immobilie verkaufen?

**Für Verkäufer:
KOSTENLOS!**



Lassen Sie sich von meinen Leistungen überzeugen!

„Professionelle, marktgerechte Bewertung und Verkauf Ihrer Immobilie“



IMMOBILIEN
monika martin

München & Münchner Osten

Mobil: 0175-5613514
Tel.: 089-12089787

info@immo-mm.com
www.immo-mm.com

